

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Havlíčkovo nám. 32.

Telephone:  
Tagesredaktion: 6795.  
No. 6797

Samt: 5754

werden laut Tarif  
berechnet. Bei öfteren  
Entscheidungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich 1200.

4. Jahrgang.

Freitag, 27. Juni 1924.

Nr. 150.

## Nur keinen nationalen Ausgleich!

Es war noch immer so: wenn sich die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Deutschen und Tschechen zeigte, setzten sofort die Nationalisten auf beiden Seiten allen Eifer daran, die Keime der Verständigung zu vernichten. Der Nationalismus hätte seine eigene Natur verleugnen müssen, wenn es nicht auch anlässlich der Reise des Präsidenten Masaryk nach Mähren und Schlesien, da ein leiser Hauch der Veröhnlichkeit und einer freundschaftlichen Stimmung zwischen den beiden Volksstämmen zu verspüren war, mit dieser allbekannten Tätigkeit eingesetzt hätte. In vielen Orten, die Masaryk bereifte, nahm neben der tschechischen Bevölkerung auch ein großer Teil der deutschen an den Begrüßungsfeierlichkeiten teil, neben den Sokoln marschierten deutsche Turner auf, Slava-Muse vermengten sich einträchtig mit Seil-Muse und neben dem tschechischen Dreifarb flatterten schwarz-rot-gelbe Fahnen. Man mag über solche Veranstaltungen, wie sie anlässlich der Präsidentenreise inszeniert wurden, denken wie man will, man mag sie — wie wir es tun, — als nicht dem bescheidenen Wesen Masaryks gerade entsprechende Kopien früherer byzantinischer Arrangements werten, so sind sie doch ein Zeichen einer veröhnlicheren, freundschaftlicheren Stimmung in der deutschen Bevölkerung, ein Zeichen, das wenigstens gegenüber der Person und den wiederholt geäußerten Anschauungen des Präsidenten sich ein Umschwung vollzogen hat, aus dem die verantwortlichen Personen im Saale im Interesse des Staates die politischen Schlüsse ziehen und ihnen die notwendigen Taten folgen lassen müßten. Es sei hier nicht davon gesprochen, daß die Vertreter der deutschbürgerlichen Parteien, soweit sie bei den an Masaryk gerichteten Ansprachen zu Worte kamen, besonders der agrarische Senator Luffsch, sofort die Gelegenheit benützten, um ihre selbstfichtigen Klassen- und Profitinteressen in den Vordergrund ihrer Forderungen zu stellen, wodurch sie eifertig zum Ausdruck brachten, wie sie sich das „Recht der Deutschen an der Mitverwaltung des Staates“ vorstellen; genug daran, daß bei den Begrüßungsfeierlichkeiten sichtbar und demonstrativ der nurmehr noch von der Gruppe der Deutschnationalen eingenommene intransigente Standpunkt zu dem durch den Umsturz der staatlichen Verhältnisse geschaffenen neuen Staate verlassen wurde. Man mag auch den von Masaryk an die deutschen Abordnungen gerichteten freundlichen und gewiß ehrlich gemeinten Worte keine übergroße Bedeutung beimessen, da man weiß, wie wenig bisher sich die begeistertsten Verehrer des Präsidenten nach seinen Meinungen und Ratschlägen zu richten geneigt waren und seine demokratischen Reden und Kundgebungen bloß als Dekoration für ihre höchst un-demokratischen Handlungen benützten. Aber doch müßten jene, welche die friedliche und demokratische Entwicklung der staatlichen Verhältnisse im Staate erstreben, das mutige und ehrliche Streben Masaryks würdigen und alles tun, um seinen Absichten Geltung zu schaffen.

Von einem solchen Willen ist aber weder bei den tschechischen noch bei den deutschen Chauvinisten ein Schimmer zu sehen. Noch war Masaryk auf der Reise begriffen, und kaum war die Nachricht von den auf beiden Seiten geäußerten loyalen Meinungen bekannt geworden, als schon Masaryks unentwegtester Antipode Kramar sich rüstete, um die Saat zu zertreten, von der er fürchtet, sie könnte in die Halme schießen. In Bohrlitz war das Wort gefallen vom Anteil der deutschen Bevölkerung an der Mitarbeit im Staate, und der Präsident hat in seiner Entgegnung erklärt, seine Politik sei die Politik des Friedens im Innern und nach außen, er perhorresziere jede Gewaltpolitik, anerkenne keine Politik der Revanche, und er hoffe, die legalen Vertreter des deutschen Volkes würden sich

## Furchtbares Grubenunglück in Gloggnitz.

Dreißig Todesopfer.

Wien, 26. Juni. (Eigenbericht.) In den Kohlenruben in Hart bei Gloggnitz hat sich heute infolge plötzlicher Entzündung von Gasen ein schreckliches Unglück ereignet. Es wurden bis zum Abend zwölf Tote an die Oberfläche befördert. Etwa 28 Arbeiter sind noch in der Grube eingesperrt und es besteht leider die begründete Befürchtung, daß sie zum größten Teil bereits tot sind. Die Ursache des Unglücks ist Gas- und Kohlenstaubentzündung.

Nach den letzten Berichten sind 30 Arbeiter umgekommen.

## Standalszenen im Abgeordnetenhaus

Parlamentswache im Saale. — Exodus der deutschen Sozialdemokraten.

Die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses vor den Ferien war durch Vorgänge ausgezeichnet, wie sie sich leider nicht zum erstenmal im Rudolfsinum ereigneten. Anlaß hierzu gab die Immunitätsangelegenheit des deutschnationalen Abg. Schollich. Dieser hatte sich zu seiner eigenen Sache zu Wort gemeldet und hiebei die mit nur 15 Minuten lang bemessene Redezeit überschritten, weshalb ihm der Vorsitzende das Wort entzog. Schollich verhornte trotzdem auf der Rednertribüne und wurde von der Parlamentswache herausgeführt.

Das Erscheinen der Polizei hat bei der Opposition den entschiedensten Widerspruch und heftigen Protest hervorgerufen, dem sich auch unsere Genossen angeschlossen, die das Erscheinen von Polizisten im Beratungssaale der gesetzgebenden Körperschaft für die Würde des Hauses für äußerst verlegend halten. Die Ueberschreitung der Redezeit hat bereits wiederholt in unserem

Parlamente Anlaß zu wüsten Szenen gegeben. Im heutigen Falle setzte das Präsidium mit den schärfsten Disziplinarmaßnahmen ein, obwohl die Redezeit um kaum zehn Minuten überschritten wurde, während wir es schon wiederholt erlebt haben, daß Abgeordnete der Koalition ihre Redezeit überschritten, ohne daß das Präsidium zu so drakonischen Maßnahmen, — wie es die Wortentziehung war, — gegriffen hätte. Wir erinnern hier nur daran, daß bei der Debatte über das Preßgesetz Abg. Dr. Kramar die Redezeit um eine ganze weitere Stunde über das festgesetzte Maß ausdehnte, und daß auch in der heutigen Sitzung der tschechische Sozialdemokrat Konecny seine Redezeit überschritt. Trotzdem können wir die Form, in der sich Schollich mit dem Präsidium auseinandersetzte, nicht billigen.

Der Standpunkt des Klubs unserer Abgeordneten, die sofort nach Einzug der Parlamentswache den Saal verließen, wurde dem Präsidium

offen und ehrlich auf den Boden des Staates stellen, worauf sich dann die Konsequenzen einstellen können, welche von den Deutschen als geschehliche Anteilnahme an der Macht bezeichnet werden. Man sieht, der Präsident drückt sich bedächtig aus und die Verlautbarungen, die er wählt, lassen seine Verheißungen als nicht übergewaltig groß erscheinen. Aber auch das ist schon dem wackeren Kramar zu viel, bringt ihn in Harnisch und prompt begab er sich nach Pilsen, um dort in einer Versammlung seiner Parteianhänger kundzutun, daß er der entgegengesetzten Meinung ist, und daß er eine solche Mitarbeit noch lange nicht zuzulassen gewillt ist. Um die Versammelten sich geneigt zu machen, die sich naturgemäß aus Unternehmern und Angehörigen der Intelligenz rekrutierten, sprach er zuerst über die geistige Arbeit, die ein Kapital sei, das der Staat verzinsen müsse, eine billige Anerkennung, für die sich die geistigen Arbeiter nicht ein Stückchen Brot werden lassen können. Ebenso platonisch war seine Versicherung, daß ihn nichts so schmerzlich berühre, wie die gegenüber den Altpensionisten geübte Ungerechtigkeit. Herr Kramar hätte schon längst Gelegenheit gehabt, durch Beseitigung dieses Unrechtes sein Herz zu erleichtern. Auch für die Unternehmer hatte er ein Zuckerl bereit, indem er die Steuerlasten als zu schwer erklärte und für die Herabsetzung der Steuer eintrat, wobei er den Umstand, daß auch die Kapitalisten Steuern zahlen müssen, unter lebhaftem Beifall der Versammlung als „Steuerbolschewismus“ bezeichnete. Nachdem er die Versammlung so präpariert hatte, sang er wieder das alte Lied, daß die Tschechen sich den Staat erkämpft hätten, daß die Deutschen es gewesen seien, welche Beifall klatschten, als die Tschechen gehängt wurden, und daß nun die Tsche-

chen, da sie das Spiel gewonnen haben, von ihrer Macht „wegen einiger honigsüßer Worte“ nicht zurücktreten würden. „Man sagt uns, daß wir Chauvinisten sind“, rief Kramar, „nun wohl, wir nehmen diesen Titel mit Stolz an.“ Und er erklärte, daß die Tschechen deshalb von ihrer Macht nichts preisgeben werden, weil dies gefährlich für den Staat wäre und weil sie erst diesen Staat zu einem nationalen und tschechoslowakischen machen müssen. Das heißt, Herr Kramar verlegt die Zeit, wo die verlangte Mitarbeit der Deutschen an der staatlichen Verwaltung erfolgen soll, in die graue Zukunft.

Nicht anders als Kramar treiben es auch die Deutschnationalen und die Deutschgelben, obwohl die letzteren sich sonst bemühen, von der Politik Lodgmans abzurücken und kürzlich nicht übel Lust zeigten, zur Arbeitsgemeinschaft hinüberzuschwenken. Das Lodgman-Blatt hat nichts eiligeres zu tun, als zu versichern, den Präsidentenworten könne „keinerlei politische Bedeutung“ beigemessen werden, denn jede lokale Kundgebung und jeder „Anbiederungsverfuch“ habe bisher nichts anderes als „Hohn und Spott und erhöhte Drangsalierung“ im tschechischen Lager gefunden. Es behauptet auch, „jede weitere Würdelosigkeit“ der Deutschen werde mit gleichen Mitteln heimgezahlt werden. Die Nationalsozialisten dagegen schreien, sie hätten mit den Tschechen „noch eine Rechnung zu begleichen“, bevor der ehrliche Friede einzuziehen kann, erklären, es müßten vorher Rechte gewährt werden, ehe sie Pflichten übernehmen können, man habe es nicht mit dem Menschen, sondern mit dem Politiker Masaryk zu tun, der alle von der Koalition beschlossenen Gesetze unterschrieben habe und zum Schluß spottete über die „Blechmusik und Föhnchenpolitik“, die nicht geeignet sei, sie zu bestim-

in einer schriftlichen Erklärung übermittelt, die wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Das Haus behandelt zunächst den Gesetzentwurf über das Zivilgerichtsverfahren. Der Zweck dieses Gesetzes ist der, das einfachere und raschere Gerichtsverfahren in der Slowakei und Karpathenland zu ermöglichen. Nach dem Berichterstatter Nečas sprachen in der Debatte der ung. Christlichsoziale Kórmendy und der tschechische Sozialdemokrat Derer. Das Haus behandelte sodann die Immunitätsangelegenheiten.

Berichterstatter Nach referierte über das Gesuch des Kreisgerichtes in Olmütz, um Auslieferung des Abg. Dr. Schollich wegen Vergehens gegen § 16 des Gesetzes zum Schutze der Republik, das sich Schollich dadurch zuschulden kommen lassen haben soll, daß er in einer Versammlung über die Enteignung der Wälder u. a. gesagt haben soll: „Wenn die Regierung auf der Enteignung der Wälder bestehen wird, werden die Deutschen die einzig richtige Maßnahme ergreifen und der deutsche Wald wird in Feuer und Rauch aufgehen.“

Abg. Feyerfeil (D. Nat.) spricht gegen die Auslieferung Schollichs.

Abg. Schollich sagt, er habe sich zum Wort gemeldet, um mit dem Schwindel von Demokratie, mit dem im Auslande Propaganda betrieben wird, gründlich aufzuräumen. Den ersten Ordnungsruf erhält Schollich, als er davon spricht, daß dem Hause die Würde fehle. Während seiner weiteren Ausführungen kommt es zu

### großen Lärmereien.

Zwischen dem Abg. Modraček und Dr. Feyerfeil, sowie Dr. Kubis kommt es zu einem heftigen Wortwechsel. Dr. Kubis rief: „Ihr habt eine Immunitätspetta, daß ist die russische Tschewitschka!“ Tomasek ruft Dr. Kubis für diesen Ausdruck zur Ordnung.

Dr. Schollich bespricht weiters seinen Immunitätsfall und bekennt sich zu den ihm zur Last gelegten Behauptungen. Er sagt unter anderem: „Ich habe in der Versammlung erklärt, daß „wenn die Regierung die deutschen Wälder wegnimmt, die deutschen Angestellten und Arbeiter zu den schärfsten Mitteln greifen würden, zum Anzünden der Wälder.“

„Canossagänge“ anzutreten. Dem Herrn Dr. Kramar aber rufen sie stürmisch „Bravo“ zu. Das judetendische Volk (sprich: die deutschen Nationalisten) können sich „keinen besseren Trommler“ als Herrn Kramar wünschen. Denn aus Kramar spreche der „wahre Geist des Tschechentums“, welche Behauptung ebenso verlogen ist, als wenn man behaupten wollte, aus den Deutschgelben spreche der wahre Geist der Deutschen.

Links und rechts, deutsche wie tschechische Chauvinisten, sind sich also wieder einmal einig, es dürfte kein nationaler Friede werden. Die schwachen Ansätze schon, die sich zeigen, beunruhigen sie. Wo würden sie auch bleiben, welche Bedeutung käme ihnen noch zu, wenn Deutsche und Tschechen sich vertragen und sie nicht mehr Gelegenheit hätten, aus dem Unrecht, das sie beide üben, gegenseitig Kapital zu münzen. Beide, tschechische wie deutsche Chauvinisten, bilden in ihrem Volke nur ein kleines Häuflein, Herr Kramar hat es im Parlament nur auf 19 Getreue gebracht und auch die Bäume der Deutschnationalen und Deutschgelben sind trotz aller Aufpeitschung der nationallistischen Leidenschaften noch lange nicht in den Himmel gewachsen, dennoch haben sie bis jetzt noch immer es verstanden, jeden gerechten Ausgleich der beiden Völker zu hintertreiben, weil die andern vor ihrem Gesichte noch stets zusammengeklappert sind. Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, die Masaryk-Enteignung werde schon eine neue Ära der inneren Politik einleiten, aber darum müssen die berufsmaßigen Friedensstörer doch angeprangert werden, die wir jetzt gemeinsam an der Arbeit sehen, die freundschaftliche Stimmung, welche in diesen Tagen bemerkbar war, durch Hervorkehrung ihrer gehässigen und unversöhnlichen Absichten zu zerstören.

Zwischen Modraček und Dr. Kubis kommt es neuerlich zu einem heftigen Wortwechsel. Kubis geht auf Modraček zu und sagt ihm: „Du Schmutzling!“ worauf Modraček entgegnet: „Du Elender!“ Die tschechischen Sozialdemokraten und die slowakischen Volksparteiler geraten hart aneinander, man sieht bereits ohrfeigenbereite Hände durch die Luft schwirren. Genosse Schäfer tritt zwischen den tschechischen Sozialdemokraten Modraček und den Landhändler Mayer, zwischen denen es ebenfalls beinahe zu Handgreiflichkeiten gekommen wäre.

**Wortentzug für Schöllich.**

Lomasek ermahnt Schöllich wiederholt, seine Rede zu beenden. Als Schöllich dessen ungeachtet fortfährt und erklärt, daß Mitglieder der Koalitionsparteien wiederholt ihre Redezeit überschritten haben, weshalb auch er weiter sprechen werde, entzieht ihm Präsident Lomasek das Wort. Dies ruft bei den, vor der Ministerbank in dichten Knäulen zusammengedrängten Abgeordneten großen Lärm hervor. Lomasek schwingt unausgesetzt die Glocke. Einige Abgeordnete schlagen mit den Fäustern auf die Ministerbank; Schöllich spricht weiter.

Präsident Lomasek: Da der Herr Redner der Aufforderung des Präsidenten, die Rednertribüne zu verlassen, nicht Folge geleistet hat und dadurch die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses unmöglich macht, schließe ich ihn für fünf Sitzungen aus. (Großer Lärm bei den Deutschnationalen, Kommunisten und Slowakisch-Merkalen.)

Schöllich spricht weiter.

Präsident Lomasek: Ich fordere den Ordner Abg. Masata auf, mit Benützung der Parlamentswache die Entscheidung des Präsidenten durchzuführen und unterbreche die Sitzung.

**Polizisten marschieren ein!**

Während der Unterbrechung verbleibt Dr. Schöllich auf der Rednertribüne, trotz Aufforderung Masatas. Unter stürmischen Zurufen der Opposition und einem Riesenschrei tritt die Parlamentswache den Saal, welche nach einer kurzen Zeit den Dr. Schöllich aus dem Saal schließt. Die Abg. Lodgman und Kallina kriechen über die Ministerbank und versuchen, Schöllich den Händen der Parlamentswache zu entwinden. Im Saale bilden sich an einigen Stellen Gruppen von Abgeordneten beider Lager, zwischen denen es häufig zu scharfen Wortwechseln kommt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung sind die Bänke der deutschen Sozialdemokraten leer.

Präsident Lomasek teilt mit, daß er Schöllich aus fünf Sitzungen ausgeschlossen hat, aus dem Grunde, weil dieser seinen Anordnungen Widerstand geleistet hat. Die Entscheidung des Präsidenten wird von der Koalition genehmigt. Sodann setzt das Haus in ständiger Unruhe und in immer sich wiederholenden Lärmzügen die

**Debatte über die Immunitätsache Schöllichs**

fort. Der Deutschnationale Kallina wird wiederholt vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Nach seiner Rede verlassen die Deutschnationalen den Saal.

Konečný verteidigt die Immunitätspraxis.

Der deutsche Nationalsozialist Papke sagt, daß es eine Schande ist, einem Menschen, dem es um seine Freiheit geht, das Wort zu entziehen.

Der tsch. Nat.-Dem. Dyl, dessen Erscheinen auf der Rednertribüne bei den Slowaken großes

Gelächter hervorruft, spricht über den Hochverrat der Deutschen, über Franz Josef, über die Passburger und sagt schließlich: „Ich pfeife auf Barbarossa!“ Er gerät in einen scharfen Wortwechsel mit dem Abg. Mikulisek.

Der deutsche Christlichsoziale Vöhr gibt namens der deutschen Arbeitsgemeinschaft eine Erklärung ab, in der es heißt: Ein Mitglied des Hauses wurde heute über Weisung des Präsidiums gewaltsam aus dem Hause geschafft. Diese unerhörte Behandlung eines Volksvertreters stößt sich auf jene berichtigten Bestimmungen der Geschäftsordnung, die wir seit jeher als größte Verewaltung des Parlamentarismus gekennzeichnet haben. Im besonderen Falle erfolgte aber diese Maßnahme des Vorsitzenden des Hauses auf Grund eines Anlasses, der die Anwendung der

schärfsten Strafmittel der Geschäftsordnung in keiner Weise rechtfertigt. (Präsident Lomasek ermahnt den Redner, mit dem Präsidium nicht zu polemisieren) um so mehr, als wiederholt Abgeordnete der Mehrheitsparteien ohne Behelligung seitens des Präsidiums die eingeräumte Redezeit mehrfach überschreiten konnten und dem gemäßigten Abgeordneten unbedingt ausreichende Gelegenheit zur Verteidigung in eigener Sache geboten werden müßte. Gegen dieses Vorgehen legen wir hiemit schärfste Verwahrung ein.

Das Haus behandelt sodann weitere Immunitätsangelegenheiten. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Man rechnet mit der Möglichkeit einer kurzen Session vom 20.—30. Juli.

**Unser Abgeordnetentklub zu den gestrigen Vorfällen im Abgeordnetenhaus.**

An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses hat der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten folgende Zuschrift gerichtet:

Der „Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ ist sofort, nachdem die Parlamentspolizei den Sitzungssaal betreten und die Eingänge in diesen besetzt hatte, zusammengetreten und hat unter dem Eindruck dieser Maßnahmen, in denen der Klub eine schwere Verletzung der Demokratie und eine Entwürdigung des Parla-

mentarismus erblickt, den Beschluß gefaßt, sich für die Dauer der Aufrechterhaltung der oben erwähnten Maßnahmen und zum Protest gegen diese an den weiteren Beratungen nicht zu beteiligen.

Wir gestatten uns, Ihnen, Herr Präsident, hiebei Mitteilung zu machen, indem wir beifügen, daß wir zu den Vorgängen in der Sitzung, welche die bezeichneten Maßnahmen veranlaßt haben, noch gesondert Stellung nehmen werden.

**Der Arbeitslosenkredit im Senat.**

Prag, 26. Juni. Die heutige Sitzung des Senats beschäftigte sich hauptsächlich mit der Regierungsvorlage über die Bewilligung eines 80 Millionen-Kredites für die Arbeitslosenfürsorge und über die Verlängerung der Gültigkeit des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes.

Zu Beginn der Sitzung wurde ohne längere Debatte vorerst die Regierungsvorlage über die Prägung der neuen fünf-Kronen-Münzen angenommen. Hierauf wurde beschlossen, die Debatte über die beiden Gesetzesvorlagen über die Arbeitslosenfürsorge in einem abzuführen. In der Debatte, an der sich die Koalitionsparteien zu beteiligen nicht für bemüht fanden, und in der die Verhältnisse in Karpathenland in oft stürmischer Wechselrede von den karpathorussischen Senatoren beleuchtet wurden, präziserte den Standpunkt unserer Genossen

**Senator Genosse Stark:**

Die Arbeitslosigkeit ist besonders in den deutschen Grenzgebieten noch immer furchtbar und zwingt tausende von Arbeitern zur Auswanderung. Und dabei gibt es deutschbürgerliche Abgeordnete, die zu behaupten wagen, daß die Arbeitslosenunterstützung zu hoch und überhaupt überflüssig sei. Nach der amtlichen Statistik nehmen allerdings die Arbeitslosen ständig ab. Tatsache ist jedoch, daß es heute noch gegen 119.000 Arbeitslose gibt, die überhaupt keine Unterstützung bekommen. Diese Feststellung ist dazu auch von Industriellen gemacht worden. Natürlich fällt es den Windisch und Konforten nicht ein, das Recht dieser Arbeitslosen auf eine angemessene Unterstützung anzuerkennen, — denn

nach Ansicht dieser „Arbeiterfreunde“ wirkt die Unterstützung ja „korruptierend“.

Die Regierung selbst unternimmt nichts. Nur unzulängliche Beträge stellt sie zur Verfügung, obwohl sie für das Meer ohne weiteres Milliarden auswirft. Redner verlangt daher die Annahme des von unseren Genossen gestellten Antrages auf Erhöhung des Betrages von 80 auf 150 Millionen.

Sodann befaßt sich der Redner mit dem Genter System: das System ist veraltet und ungewinnlich und wir fordern daher die Einführung der Zwangsversicherung. Wir können es nicht zulassen, daß mit dem Tage der Inkraftsetzung des Genter Systems Hunderttausende jeder Unternehmung plötzlich verlustig gehen sollen. Dazu können wir unsere Zustimmung nicht geben und verlangen mit allem Nachdruck die Regelung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge auf der Grundlage der Zwangsversicherung. (Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die beiden Vorlagen ohne jede Änderung angenommen. Alle Änderungs- und sonstige Zusatzanträge der Oppositionsparteien werden abgelehnt.

Die nächste Sitzung des Senats findet Montag, den 30. Juni, um 5 Uhr nachmittags, statt.

**Ein infamischer Gewaltakt.**

Rom, 26. Juni. Der als verschwunden gemeldete Kriegsverstümmelte Maccaferri ist wieder zum Vorschein gekommen. Nach seinen Aussagen wurde er von vier Personen in einem Automobil verschleppt und zwei Tage gefangen gehalten, damit er Parteigeheimnisse der Bologneser Sozialisten preisgebe.

**Matteottis letzter Artikel.**

Knapp vor seiner Ermordung verfaßte Genosse Matteotti nachfolgenden Artikel in englischer Sprache, den er für eine englische Zeitschrift bestimmt hatte. Es ist dies der letzte Aufsatz aus der Feder des gemordeten Genossen. Sachlich, mit unwiderleglichen Zahlen, hielt hier Matteotti Abrechnung mit dem Faschismus, der in ihm seinen schärfsten Gegner erkannte und ihn darum auch mordete.

**Italiens Finanzen und der Faschismus.**

In ihrer Nummer vom 26. April 1924 veröffentlicht die Wochenchrift „The Statist“ einige Angaben über die italienischen Finanzen, die die italienische Regierung zu Zwecken der Stimmungsmache verbreitet hat, die aber weder genügen, um ein ernsthaftes Urteil zu ermöglichen, noch einer sachlichen Kritik standhalten.

Hauptsächlich wird darin behauptet, daß das Budgetdefizit des Jahres 1921/22 ungefähr 7000 Millionen Lire betrug, während das Defizit des ersten Jahres der faschistischen Herrschaft (1922/23) nur 3000 Millionen gegenüber den veranschlagten 4000 Millionen ausgemacht haben soll.

Tatsächlich belief sich das Defizit des Jahres 1921/22 auf 15.760 Millionen, aber mehr als 12.500 Millionen betrafen davon außerordentliche Kriegsausgaben und die Anschaffung von Borräten (Kapitel 64 bis 71 des italienischen Heeresbudgets, 95 und 96 des Marinebudgets, 164 und 240 des Finanzbudgets), deren Buchung und Bezahlung bis 1922 hinausgezögert worden war. Von diesen Ausgaben abgesehen, muß also das wirkliche Defizit des Jahres 1921/22 mit nicht mehr als 3255 Millionen angesehen werden. Nun, zwischen diesem Defizit und dem des ersten faschistischen Jahres (in dem keine Kriegsausgaben mehr vorkommen) beträgt der ganze Unterschied 24 Millionen — wahrlich, eine sehr geringe Verbesserung!

Es ist richtig, daß der Voranschlag für 1922/23 ein Defizit von 4000 Millionen in Aussicht genommen hatte, aber die Verminderung auf 3000 Millionen war einfach das Ergebnis der Tatsache, daß der Ertrag der Zölle in Gold irrtümlich mit 250 Millionen eingesezt worden war an Stelle der 1208 Millionen, die sie wirklich ergaben. Ein bloßer Irrtum — und keine Verbesserung, denn im Jahre 1921/22 war derselbe Ertrag 1059 Millionen gewesen (gegenüber einem gleichfalls irrigen Voranschlag von 151 Millionen).

Es ist ferner richtig, daß „alle gebräuchlichen statistischen Ermittlungen der Verhältnisse in Italien einen stetigen Fortschritt anzeigen“ — nur hat das nicht das geringste mit dem Faschismus zu tun, sondern ist vielmehr die Auswirkung einer Entwicklung, die deutlich genug bereits einige Jahre vor der faschistischen Herrschaft eingesezt hatte.

Wenn da zum Beispiel weiter behauptet wird, daß Herr Mussolinis Regierung die Ausgaben verringert hat, so ist das unrichtig. Im Jahre 1921/22 betragen die Ausgaben 24.851 Millionen, gegenüber 21.000 und 20.000 in den Jahren 1920/21 und 1923/24. Aber das erste der erwähnten Jahre enthielt, wie wir bereits sagten, noch außerordentliche Ausgaben aus der Kriegszeit.

Die Zahl der Ministerien wurde verringert; nicht die Höhe der Ausgaben. Die Zahl der Angestellten im Heeres- und Staatsdienst (mit Ausnahme der Eisenbahnen) wurde von 115.000 bloß auf 110.000 vermindert, also in seinem anderen Verhältnis, als dies auch im letzten Jahre des „ancien regime“ geschehen war; die Ausgaben aber sind um mehr als 100 Millionen Lire gestiegen, und in den Ressorts des Herrn Mussolini (Neu-

**Die kleine Lotte.** (27)

Von Simone Bobbe.

Übersetzt von Dr. Anna Rukbaum, Copyright by Intercontinental Verlag „Mensaliance“, Wien.

Sieh mal her! Findest du nicht süß genug,“ sagt ihr Bruder, „im übrigen — schließ deine Innereien ein — es ist ekelhaft.“

„Ekelhaft — ekelhaft — seht mal den Herrn! Da lauscht lange suchen, bis du solche findest.“

„Kannst mich noch nicht? Die Frauen sind mir wert.“

„Wurst?“

„Rosa, Bertchen — schaut — was soll das Fräulein denken? Sie wird glauben, daß ihr schlecht erzo-gen seid, weil ihr so vor aller Welt zankt. Aber sehen Sie sich doch, Fräulein. Liebe Tochter, knöpf deine Bluse zu. Meine Tochter meint immer, wir leben noch zu Ewas Zeiten. Sie denkt sich nichts Böses dabei, aber wenn Besuch da ist — es gibt Leute, die das nicht mögen. Deshalb verliert sie jede Stellung. Ich hatte sie bei einem Arzt untergebracht, in unserem Bezirk, nicht viel zu tun, ein sehr feiner Herr — er hat sie mir fortgeschickt.“

„Nicht er, Mutter — keine Puppe, die ihn besuchen kommt — eine Kokotte. Er — im Gegenteil — er hat gesagt: Machen Sie sich's recht bequem, meine Kleine.“

„Er hat jedenfalls nichts getan, um dich zurückzuführen. Hat es mir erklärt, als ich dich holen kam. Sie begreifen, liebe Frau, hat er gesagt, ich kann Ihre Tochter nicht behalten, sie macht mir zu viel Konkurrenz. Geht sie die Tür öffnen und die Patienten sehen sie, sind sie schon geheilt! Das ist sicher — sobald findest du nicht wieder so eine Herrschaft. Er hat mir gesagt: Lassen Sie sie doch Modell werden bei einem Maler. Aber — mein

armes Kind — Maler — woher soll ich die kennen? Inzwischen wird man es dir noch an der gebührenden Achtung sehen lassen.“

„Niemand hat mir der Arzt die gebührende Achtung versagt.“

„Na — also ich muß sagen,“ wirft Albert ein, „Was hast du wieder dagegen, Wolkenträger, Hopfenstange?“

„Ich spreche zu deinem Besten. Du hast keinen Verstand, Püttchen; wenn man deine Auslage sieht — es ist zu viel — man verliert den Appetit.“

„Du — warte — kriegst noch das Deinige ab!“

Armandine muß aufstehen, die Kinder trennen: „Rosa, Bertchen — stell doch wenigstens deine Flasche nieder. Ich hab es euch schon gesagt — treibt es nicht so weit, daß ich meinen guten Charakter vergesse. Ich will keine Streitigkeiten hier. Hier soll Eintracht herrschen. Hat einer die Absicht, den anderen ärgerlich zu werden, mag er schauen, daß er weiterkommt. Du bist im Unrecht, Bertchen. Laß deine Schwester in Ruhe. Hier ist sie frei, sieh sie nicht an, wenn es dir peinlich ist. Donnerweiter, noch mal — Vande!“

Armandine haut kräftig auf den Tisch. — „Frieden — kommt alle her — umarmt mich. — Hier soll Eintracht herrschen!“

Die sanfte Helene erhebt sich, nimmt die Flasche aus dem Händen des Bruders. Charlotte bemerkt, daß sie hint und schief gewachsen ist. Die Gläser stehen rundum, Armandine schenkt ein. Hier und dort eine Stimme: Du hast es mir nicht genug geschäumt. Man sieht an, trinkt. Lucie kann endlich Charlottes Geschichte erzählen. Jaghaft erklärt die Kleine, was sie zu arbeiten versteht. Armandine will sie gern am nächsten Morgen zu Décoiffer mitnehmen. Man trifft sich um acht Uhr bei der Porte Saint-Denis. „Arbeit gib's genug.“ Charlotte wird gut empfangen werden.

„Und der deinige?“ fragte Lucie.

„Der ihrige — Mutter's ihriger“, antwortete Albert, „ich hab ihn zur Tür hinausgeworfen — vor zwei Tagen. Ich bin gebuldig. Aber man darf mich nicht ärgern.“

Da Charlotte ein entschies Gesicht macht, glaubt Armandine, erzählen zu müssen:

Vor vierzehn Jahren hat sie den Vater ihrer Kinder verloren. Sie ging eben mit dem kleinen Albert schwanger. Der Vater war ein braver Mann, Stellschmied seines Zeichens. Als sie fünfzehn Jahre alt war, nahm er sie. Sie liebten einander, heirateten nicht, weil sie nie die Zeit dazu hatten. Wozu das Geld unnütz hinauswerfen, um Federfuchser auszuhalten? Das hinderte sie nicht, fünf Kinder zu haben. Gewiß, schlimme „Viertelstunden“ hat's gegeben, aber auch recht gute. Armandine war wohl nicht sehr hübsch in ihrer Jugend, nein, das will sie nicht behaupten, aber drollig.

„Du bist es noch immer, Mutter“, sagt Albert.

„Deshalb, mein Junge, solltest du nachschlicher sein. Siehst du — je älter man wird — desto weniger Zeit bleibt einem, Spaß zu treiben.“

Schließlich hatte ihr Mann doch in Arbeit und Vergnügen des Guten zu viel getan. Wurde brustkrank. So sagten die Ärzte, welche ihm im Spital eine Suppe gaben, die elf Stunden gestanden hatte.

„Sag das nicht, Mutter.“ legte Rosa Verwahrung ein, „du gestehst selbst, daß mein Arbeitgeber ein braver Kerl war.“

„Ohne Zweifel, er hat mich sehr höflich aufgenommen, mir gute Rat schläge gegeben. Rechte Leute gib't überall, man kann in jedem Stand ordentlich sein. Du hast recht, Rosa — sieg Ideen soll man nicht haben. Trotzdem — dein Vater ist tot. Ah, euer Vater, Kinder — was hat euch der geliebt! Ich seh ihn noch, ganz blaß, abgemagert,

in seinem Bett in Lariboiside. Er weinte: „Meine arme Dina, arme Dina, was wird aus dir werden mit all den Kindern und dem, das du erwartest?“ Und ich darauf, „Beunruhige dich nicht, mein Vämmdchen, ärgere dich nicht. Ich weiß mir zu helfen, werd mich schon herausarbeiten. Denk nur daran, es dir recht behaglich zu machen, während man dich hier pflegt.“ Und er ist gestorben, Kinder, er ist gestorben, euer Vater. Man wird mir das niemals aus dem Kopf bringen: es geschah nur, weil man ihm nicht gestatten wollte, seine Pfeife zu rauchen. Ah, lieber, armer Mann, niemals werde ich mich trösten, niemals, Kinder.“

Armandine zieht ein großes, kariertes Sacktuch aus der Tasche, wischt sich die Augen. Alle schweigen bewegt. Blöthlich läßt Rosa ein richtiges Glucksen hören:

„Sprich mir nicht vom Vater, Mutter, sprich niemals vom Vater, das macht mir zu viel Nummer, o mein Gott!“

„Siehst du, Bertchen, bist nicht nett zu deiner Schwester. Sie hat so viel Herz. Na ja — heul nicht, meine Tochter. Die Toten sind tot — mit Heulen macht man sie nicht lebendig — das ist nicht lustig für die Gesellschaft.“

Nach dem Tod des Vaters hieß es die Kleinen aufziehen. Die Kellerte, Adele, hatte gerade damals auch ein Kind bekommen, einen Hausstand begründet.

„Oh, mein Schwiegerjohn war sehr brav — in meinem Alter — er war zu ernst für sie. Die Dirne ist ihm davongelaufen es hat nicht lange gedauert, den Kleinen hat sie mir gelassen: ein armer Kleiner war's — hab ihn später in die Armenpflege geben müssen. Ah, Lucie! Das Berg bricht mir noch heute, wenn ich daran denke.“

(Fortsetzung folgt.)

tes und Inneres) wurde die Anzahl der Beamten sogar um mehr als tausend vermehrt.

Nur bei den Eisenbahnen hat tatsächlich eine starke Verminderung des in und nach dem Kriege angesammelten Personals stattgefunden. Aber der Zweck dieser Maßnahme war lediglich, jene Eisenbahner loszuwerden, die nicht Fasisten sind; und auf der anderen Seite sind während des ersten Jahres der faschistischen Verwaltung mehr als 16.000 Eisenbahner fix angestellt worden — an Stelle derjenigen, die man aus „Ersparnisgründen“ davongepöckelt hatte!

Das Defizit im Eisenbahnbudget ist tatsächlich von 1258 Millionen (im Jahre 1921/22 auf 906 Millionen (1922/23) herabgedrückt worden; aber dazu muß bemerkt werden, daß, wäre der Kohlenpreis so hoch geblieben, wie er unter der Regierung Giolitti war, das Eisenbahnbudget der Fasisten die höchste jemals erreichte Summe, nämlich mehr als 1400 Millionen erkommen hätte.

Nun zu den Einnahmen. Die einzige große Finanzreform der faschistischen Regierung war die Abschaffung der Erbschaftsteuer, die wir für einen schweren Fehler halten, da diese Steuer niemals zu den geringsten Beschränkungen Anlaß gegeben hätte. Daß sich die Zahl der Einkommensteuerzahler vermehrt hat, ist nicht gerade ein Verdienst der faschistischen Regierung, sondern bloß die Fortwirkung einer Erscheinung, die auch bereits im vorhergehenden Jahre beobachtet wurde, in dem die Zahl der Einkommensteuerzahler um mehr als fünfzigtausend stieg. Das „Verdienst“ der Fasisten besteht lediglich darin, daß sie in die Liste der Steuerpflichtigen auch den schlechtestbezahlten Arbeiter aufgenommen haben, dessen Lohn dadurch um fünf oder zehn Prozent vergrößert wurde.

Zusammenfassend können wir sagen, daß sich die finanziellen Verhältnisse Italiens ständig bessern — aber nicht dank irgendwelcher Ausgabenverminderung, die die faschistische Regierung durchgeführt haben soll, sondern infolge einschneidender finanzieller Maßnahmen der vorhergehenden Regierungen, die den Ertrag der Steuern von 2050 Millionen im Jahre 1913/14 auf 7400 Millionen im Jahre 1919/20 und auf 12.700 Millionen im Jahre 1921/22 gesteigert haben, wovon letzterer Betrag im ersten Jahre der faschistischen Ära weder erhöht noch vermindert wurde.

Es besteht aber auch kein Zweifel, daß die Last dieser Steuern (die in kurzer Zeit Italiens Budget vom Defizit befreit haben werden), im Verhältnis zu dem Wirtschaftszustand des Landes, ganz gewaltig ist. Dieser Zustand wendet sich nach den Zerstörungen des Krieges nur langsam zum Besseren. Nicht weniger als sechzig Prozent der Staatseinnahmen stammen aus Massenerwerbssteuern, und die indirekten Steuern machen achtundsechzig Prozent der gesamten Einnahmen aus. Dabei steigen die Lebenskosten, während die Löhne um fünfzehn bis zwanzig Prozent gesunken sind. In drei Vierteln seines territorialen Umfangs ist Italien noch immer ein armes Land, das nach Arbeit und Kapital verlangt, um seinem Bevölkerungsüberschuß Beschäftigung zu geben. Der Fasismus mag, indem er das Volk terrorisiert, fremden Beobachtern einen Zustand des Friedens und der Ruhe vortäuschen, der die Spekulation ermutigen soll; aber er hat keine einzige der Lebensfragen unseres ökonomischen und sozialen Lebens gelöst. Der gegenwärtige Rückfall in den Geisteszustand der Gewalt und der Zerstörung, der einst das traurige Erbe der Fremdherrschaft in Italien war, kann vielmehr nur die allgemeine Entwicklung hindern und verlangsamen, zu der die gesunden Kräfte des Volkes hinstreben.

### Inland.

Die deutschen Nationalsozialisten suchen einen „überparteilichen“ — Christlichsozialen. Der Duxer „Tag“, der Knüppelbewehrte, brachte gestern wirklich einmal — man höre! — etwas Neues. Er meldet nämlich aus Weipert, daß dort der nationalsozialistische Bürgermeister zurücktrat und bemerkt dazu:

„Unsere Partei ist eine der jüngsten und an dem kommenden neuen Bürgermeister nur insoweit interessiert, als sie nur einen über den Parteien stehenden Mann ihre Stimmen gibt; damit die Gemeindevertretung nicht infolge Kleinlichkeit oder Parteiegoismus des Vorstehenden zu einer neuerlichen Neuwahl gezwungen ist. Pflicht der Christlichsozialen Partei als stärkste nichtsozialdemokratische Partei ist es, den richtigen Mann zu stellen.“

Das sind aber gehaute Kerle, diese Weipert Nationalsozialisten! Ihrem, dem nationalsozialistischen Bürgermeister, soll ein überparteilicher nachfolgen, dieser Ueberparteiliche muß aber ein Christlichsozialer sein. Von dem „Parteiegoismus“ und der „Kleinlichkeit“ des Vorstehenden, die bisher herrschten, wollen sie befreit sein. Daher kein nationalsozialistischer Bürgermeister, sondern ein „über den Parteien stehender“ Christlichsozialer. — Es wäre einfach schändlich von den Christlichsozialen, wenn sie diesem nationalsozialistischen Appell an die kerliche Ueberparteilichkeit nicht nachkämen. Das ist denn doch nur die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der „stärksten nichtsozialdemokratischen Partei gegenüber den „Jüngsten“, den National-„Sozialisten“.

Für den Schutz der Kleinpächter. Der Landwirtschaftsausschuß gab am 26. Juni vormittags der Vorlage über die Fideikommissse seine Zustimmung und genehmigt auch die vom Rechts- und Verfassungsausschuß beschlossenen

# Deutschnationale Heße gegen die Verständigung.

### Sie versuchen, die Reichswehr zu einem Butsch aufzupöckeln.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Je mehr der Termin einer Verständigung zwischen Deutschland und der Entente heranrückt, umso mehr bemühen sich die deutschnationalen und rechtsradikalen Kreise, diese Verständigung unter allen Umständen zu vereiteln und der Regierung einen Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Die vaterländischen Verbände, die bereits vor einigen Tagen eine unglaubliche und selbst für deutsche Verhältnisse ungewöhnliche Eingabe an den Reichsanwalt gerichtet haben, haben zum 30. Juni eine Führerversammlung nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung steht das Thema: „Die deutschfeindliche Politik der Entente“. Der Titel besagt schon zur Genüge, in welcher Richtung die Heße gehen soll. Die Deutschnationalen bemühen die starke Abneigung, die in maßgebenden militärischen Kreisen der Reichswehr bei hervorragenden Generalen und auch bei General von Seeckt gegen die Annahme der Militärkontrolle

durch die Entente vorhanden ist, um die Reichswehr zu einem Butsch gegen die Reichsregierung aufzupöckeln. Namentlich die „Deutsche Zeitung“ leistet auf diesem Gebiete das Menschenmögliche. Im Zusammenhang mit der starken Kreditnotwirtschaft verstärkt sich der Ansturm der Rechten von allen Seiten. Die radikalen Forderungen der Agrarier und des Deutschen Landbundes dienen auch nur dem Zweck, die Regierung so bald als möglich zu Fall zu bringen. In geschickter Weise bemühen sich die Deutschnationalen, im Reichstag die populäre Aufwertungsparole für ihre ganz anderen politischen Zwecke auszunützen. Es ist nicht gesagt, daß diese Angriffe der Rechtskreise Aussicht auf Erfolg hätten, sie kennzeichnen nur die außerordentlichen Schwierigkeiten der Situation, die sich in Deutschland für die Uebergangszeit bis zur endgültigen Verständigung mit der Entente herausgebildet hat.

## Ein Aufruf der V. S. P. D., Schnelle Annahme des Sachverständigen- gutachtens.

Berlin, 26. Juni. Der „Botschafter“ bringt einen Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in welchem u. a. erklärt wird: „Seit die Sozialisten in England die Regierung führen und in Frankreich ein bürgerlich-radikales Kabinett im Einverständnis mit den Sozialisten das Steuer lenkt, ist eine Gelegenheit zur Befreiung Europas gegeben. Deshalb verlangt unsere Partei von der deutschen Regierung eine Politik, die es unseren englischen und französischen Freunden ermöglicht, ihre hohen Ziele zu erreichen. Die schnelle Durchführung der zur Auswirkung des Sachverständigengutachtens notwendigen Gesetze ist vor allem nötig. Die Ablehnung des Gutachtens hätte eine neue Inflation zur Folge. Die sozialdemokratische Partei wird daher nötigenfalls den Volksentscheid über die Annahme des Gutachtens herbeiführen. Mit der sozialistischen Arbeiterinternationale sind wir einig, vor allem den Achtstundentag zu verteidigen und ihn wiederzuerlangen, wo er verloren gegangen ist. Wenn der deutsche Reichstag nicht die Kraft ausbringt, die Gesetze zu verabschieden, die zum Ruhm des Volkes schnellstmöglich erlassen werden müssen, so wird noch in diesem Sommer ein neuer Appell an das Volk ergehen.“

## Die Drahtenfaa.



O. Koester.

Aufheiterung im Westen? Das kann ich nicht gebrauchen. Meine Saat gedeiht nur, wenn die Wolken sich entladen.

Abänderungen. Genosse Schweichart sprach hiezu vom prinzipiellen Standpunkt aus und meinte, die Vorlage gehe leider nicht weit genug. Nach Kenntnisnahme mehrerer Petitionen urteilte Genosse Schweichart die Erledigung der von mehreren Seiten, auch von unserer Partei, eingebrachten Vorlagen betreffend die Verlängerung des Schutzes der landwirtschaftlichen Kleinpächter. Die Zeit drängt, da im Herbst das bestehende Gesetz abläuft. Der Vorsitzende Abg. Prokopetz versprach, der Sache nachzugehen.

Präsident Masaryk wurde gestern vormittags in Wlatschka-Meseritsch feierlich empfangen. In seiner Begrüßungsansprache wies der Bürgermeister darauf hin, daß der Bau stolz seinen Vertreter in den Reichsrat entsendet zu haben. Nach der Vorstellung verschiedener Deputationen fuhr der Präsident in die Landesanstalt für Taubstumme, wo er dem Unterrichte beivohnte. Hierauf erteilte der Präsident Audienzen. Unter anderen wurden die Vertreter der Wählerchaft jener Gemeinden empfangen, in deren Wahlkreis Professor Masaryk einst kandidiert hatte.

### Ausland.

#### Neue Mächtegruppierung in Ostasien.

Das amerikanische Einwanderungsverbot gegen die Japaner, das am 15. Juni in Kraft trat, ist der Anlaß zu einer völligen politischen Neuorientierung Japans und zu den Anfängen einer neuen politischen Machtkonstellation in Ostasien. So erwachen aus kleinen Anfängen über Nacht große Wirkungen. Japan hat sich mit Beginn des Weltkrieges in das Netz der gegen die europäischen Mittelmächte kriegsführenden verbündeten Staaten gestellt. Der Krieg war ein glänzendes Geschäft, weil ganz Japan zu einem Waffen- und Munitionsarsenal für die Alliierten geworden war. Neben den ungemein reichen Gewinnen an Geld hat Japan den politischen Vorteil errungen, die wiederholt verpörrte Einmischung des Japans in die Angelegenheiten des Ostens und Deutschlands in seine ostasiatischen Interessen und Absichten loszuwerden.

Noch bis vor ganz kurzer Zeit hat die japanische Regierung den Willen gehabt, den alliierten Verbindungen treu zu bleiben. Vor etwa zweiein-

halb Monaten stand sie noch ganz im Banne der antirussischen Politik Frankreichs und versprach der rumänischen Regierung in kurzer Frist, ebenso wie Frankreich, die Annektionsakte über Bessarabien zu unterzeichnen. Gleichzeitig erschien in Bukarest eine japanische Militär- und Marinemission unter Führung eines japanischen Prinzen, die im Auftrage des Mikado über Petroleumkonzessionen zugunsten der Versorgung der japanischen Kriegsflotte unterhandelte und als Gegenleistung die Beteiligung an einem Bündnis Rumäniens mit Polen und den baltischen Randstaaten zur Abwehr russischer Angriffe und selbst zum Angriff auf Rußland in Aussicht stellte.

Zu dieser Situation paßte das amerikanische Gesetz, das die künftige Einwanderung von Japanern untersagte. Japan ist ein Staat, dessen ohnehin sehr dichte Bevölkerung sich alljährlich um etwa 500.000 Seelen vermehrt. Diesen Bevölkerungsüberschuß hat es bisher zum Teil an die Vereinigten Staaten abgegeben und aus der Beteiligung der Auswanderer an den wirtschaftlichen Reichtümern Amerikas starke Vorteile gezogen. Das Einwanderungsverbot war deshalb aber nicht nur ein sozialer und wirtschaftlicher Schlag für

# Herriot im Senat.

## „Ein loyales Deutschland wird nicht beunruhigt, ein illoyales nicht gespart werden“.

Japan, sondern auch eine empfindliche Verletzung seiner nationalen Eigenliebe und Selbstachtung. Japan war umso mehr getroffen, als das Verbot von einer Macht ausging, die ihrerseits ihre Arme nach Ostasien ausstreckt und dort nach der wirtschaftlichen Vorherrschaft strebt. Die Reaktion in Japan war verblüffend. Die dort herrschende Regierungskrise wurde infolgedessen gelöst durch die Übertragung der Ministerpräsidentenämter an den erklärten Amerikagegner Kato. Amerikanische Waren wurden boykottiert. Den Amerikanern ärztliche Hilfe verweigert. Das Volk machte seiner plötzlichen aufgepeitschten Feindschaft gegen Amerika in erregten Manifestationen Luft und selbst die Christen Japans verlangten die Ausweisung der amerikanischen Missionäre. Die Bewegung griff sofort auch auf China über, wo deutlich empfunden wurde, daß das nächste amerikanische Einwanderungsverbot das Hauptvolk der mongolischen Rasse, die Chinesen, treffen würde.

Japan sah sich zwangsweise zu einer völligen Reorientierung veranlaßt, weil seiner feiner bis herigen Freunde irgendwelche Hoffnung auf Unterstützung bieten konnte. Mit schnellem Entschluß fand es den Weg zur Aulehnung an Rußland und China, der allein Aussicht bot, die notwendige Konzentration seiner Kräfte auf das engere Gebiet Ostasiens zu fördern, um aus der drohenden und verderblichen politischen Isolierung herauszukommen. Es ließ sofort in Bulawest mitteilen, daß es durch die veränderte politische Situation seine früheren Versprechungen nicht halten könne. Die Deklarationen, die es in Rumänien gemacht hatte, suchte es nun auf der russischen Insel Sachalin. Dagegen versprach es den Russen die Lieferung von japanischer Artillerie und der nach dem Washingtoner Abrüstungsabkommen überzähligen Kriegsschiffe. Seinen Widerstand gegen die chinesisch-russischen Eisenbahnverhandlungen gab es auf. Die Räumung des südlichen Teiles der Insel Sachalin von den japanischen Besatzungstruppen wurde veranlaßt; die unter dem Einfluß Frankreichs bisher unterbliebene Anerkennung Sowjetrußlands wurde in Moskau in der nächsten Zeit in Aussicht gestellt. Außerdem ist der chinesischen Regierung wiederholt versprochen worden, den letzten Zipfel des chinesischen Gebietes zu räumen und um alle erworbenen territorialen Rechte in China anzugehen.

Wir stehen ohne Zweifel vor einem bündnisartigen Abkommen zwischen Japan, Sowjetrußland und China. China, das noch bis vor kurzer Zeit unter fremdem Einfluß eine an Schrockheit nichts zu wünschen übrig lassende Haltung gegen Sowjetrußland einnahm, ist inzwischen schnell zu völliger Einigung mit Rußland gekommen. Auf einem Bankett, auf dem vor wenigen Tagen in Peking der Abschluß des chinesisch-russischen Eisenbahnvertrages gefeiert wurde, hat der Vertreter der chinesischen Regierung für die russisch-chinesischen Beziehungen Worte der südlichsteins Freundschaft und Bewunderung gesprochen, die bisher noch keine andere Macht von China gehört hat.

Die sich anbahnende neue Mächtegruppierung im Fernen Osten müßt allen drei beteiligten Staaten in gleicher Weise. Durch ihre Annäherung kommt jeder von ihnen aus der Isolierung heraus. Wirtschaftliche oder politische Interessenskonflikte sind auf absehbare Zeit zwischen diesen Mächten gar nicht zu erwarten.

### Die Wahlen in Südafrika.

Der Sieg der südafrikanischen Arbeiterpartei, welche den Wahlkampf gegen das kapitalistische Regime der Regierung Smuts im Bündnis mit der nationalen Partei geführt hat, war seit längerer Zeit vorauszusetzen. In den Massen der arbeitenden Bevölkerung lebte ein tiefer Groll gegen ein Regime, das vor zwei Jahren den Streik der Bergarbeiter mit den brutalsten Gewaltmitteln niederschlug. Wie noch erinnerlich ist, wurden damals Hunderte von Bergarbeitern durch die Bomben der Flugzeuge getötet. Der Erfolg blieb nicht aus; die südafrikanischen Bergwerke, die sich zu meist im Besitz des englischen Kapitals befinden, haben dank des niedergeworfenen Streiks Profite abgeworfen, die selbst im kolonialen Ausbeutungssystem beifällig sind. Bekanntlich steht Südafrika an der Spitze in der Gold- und Diamantengewinnung der Welt; in der letzten Zeit fehlte dort auch ein Industrialisierungsprozeß ein. Der bisherige Ministerpräsident Smuts war in bezug auf die europäische Politik fortgeschritten gesinnt, ein überzeugter Anhänger des Völkerbundesgedankens. In seiner Heimat aber war er nicht nur auf sozialer Gebiet reaktionär, sondern hat durch seine Rassenpolitik den Haß der in Südafrika wohnenden Jnder geweckt.

Die Revolution in Albanien hat mit der Niederlage der früheren Regierung und dem Sieg der Revolutionäre geendet. Der Aufstand hatte den Charakter einer Bauernrevolution und richtete sich gegen die Herrschaft des Großgrundbesitzes. Der albanische Boden ist zu 40 Prozent Eigentum einiger Großgrundbesitzer, während der Rest sich im Staatsbesitz befindet. Vom Boden abgeprellt, konnte das albanische Landproletariat, trotz des Bodenreichtums und der geringen Bevölkerungszahl — Albanien hat nur 800.000 Einwohner — seinen Lebensunterhalt nicht finden, es wurde zur Auswanderung gezwungen. 50.000 Albaner wanderten nach Amerika und es waren die aus Amerika Heimgekehrten, die die revolutionäre Bewegung geleitet haben. Wird der Boden in Albanien aufgeteilt, so würde die Agrarrevolution Mittel- und Osteuropas damit nahezu vollständig vollzogen sein. Es bliebe nur noch Ungarn, wo der Großgrundbesitzer Boden weiter in der Hand behält.

Paris, 26. Juni. (Savas.) Senat. Nach der Antrittsrede des Senatspräsidenten, in der er Sedes seines Vorgängers in warmen Worten gedachte und die wohlthuend regulierende Rolle des Senates betonte, stellte Senator Lucien Hubert gewisse Fragen an die Regierung betreffend die Unterredungen Herriots in London und Brüssel. Man wolle offen und klar dem Land die Wahrheit sagen. In zwei Punkten könne Frankreich nicht nachgeben, 1. die Schäden, die ihm verursacht wurden, müssen wieder gutgemacht werden, 2. seine Sicherheit müsse ihm (Frankreich) verbürgt werden.

Herriot dankte dem Senator Hubert, daß er ihm ermöglicht habe, seine Antwort schriftlich aufsetzen zu können. Sodann verliest Herriot eine kurze Erklärung, in der es u. a. heißt: Er (Herriot) habe das Vertrauen, daß der Expertenplan angenommen werden wird. Die Alliierten müssen eine Kommerzialisierung ihrer Forderungen gegenüber Deutschland verlangen. Bezüglich der Besetzung des Ruhrgebietes behalten sich Frankreich und Belgien ihre Aktionsfreiheit vor. Es müßte an Verfehlungen Deutschlands bezüglich des Dawesplanes gedacht werden. Macdonald habe Herriot erklärt, daß wenn Deutschland sich entscheiden wollte, Großbritannien als Hüter des Vertrages sich freiwillig verpflichten würde, an der Seite der Alliierten zu stehen. Die Unterredung hat auch die Mitarbeit Englands bei der Aufrechterhaltung des Friedens und bei der Frankreich zu gewährenden Garantie gegen einen deutschen Angriff gegolten. Die Fragen der Sicherheit werden militärischen Experten unterbreitet werden. Deutschland muß entwaffnet werden. Diesbezüglich herrsche vollkommene Uebereinstimmung mit Macdonald. Dem

zufolge wurde die Absendung der letzten Note beschlossen. Die belgischen Freunde haben sich über diesen Entschluß gefreut und ihre vollkommene Zustimmung ausgedrückt. In keinem Augenblick und über keinen einzigen Punkt gab es die geringste Schwierigkeit. Es ist im Interesse Deutschlands, daß es alle Vorkehrungen zur Durchführung des Dawesplanes raschstens trifft. Die Londoner Konferenz wird dieser Durchführung gelten. England wünscht, daß Deutschland sich schriftlich bindet. Herriot wird Sorge tragen, daß die Verpflichtungen keine Neuerung am Verträge schaffen. Macdonald gibt zu, daß das interalliierte Schuldenproblem unzulänglich in Angriff genommen werden soll. Herriot wird auch einer für Frankreich gerechten Lösung beharren. Herriot schließt: Ich bin durch keine definitiven Abmachungen gebunden. Ich habe dem Rechte des Parlaments nicht vorgegriffen. England, Frankreich und Belgien sind einig, daß der Friede auf Gerechtigkeit aufgebaut werden müsse. In dem Tage, an welchem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt haben wird, hängt es nur von ihm ab, dem Völkerbunde beizutreten. Wenn Deutschland loyal handeln wird, so wird es nicht beunruhigt werden. Wenn es nicht loyal handelt, so wird es nicht gespart werden. In den Verhandlungen, welche folgen werden, werden wir nicht zulassen, daß Frankreich zu Schaden kommt.

Nach Herriot die Rednertribüne hinabstieg, wurde ihm fast vom ganzen Senat eine herzliche Ovation bereitet.

Zum Vizepräsidenten des Senats wurde das Mitglied der demokratischen Linken Senator Jeanneney mit 181 von 187 gültigen Stimmen gewählt.

### Letzte Nachrichten:

#### Die Londoner Konferenz.

Nur inoffizielle Beteiligung Amerikas.

Washington, 26. Juni. In offiziellen Kreisen verlautet, daß über die genaue Form der amerikanischen Beteiligung an der Londoner Konferenz keine Beschlüsse gefaßt werden, bevor die Einladung an die Vereinigten Staaten eingetroffen ist. Indessen wurde von neuem erklärt, daß jede Beteiligung streng inoffiziell sein würde. Die Regierung sei der Ansicht, daß in dem Dawesplan nichts enthalten sei, was eine offizielle Beteiligung Amerikas notwendig mache.

#### Neue Regierungskrise in Bayern.

Deutschnationalen gegen Bayerische Volkspartei.

München, 26. Juni. (Eigenbericht.) Die Lösung der bayerischen Regierungskrise, die durch die Präsidentschaftskandidatur Felds als vollständig gesichert erscheint, ist im letzten Augenblick von den Deutschnationalen ganz unerwartet vereitelt worden. Die Wendung der Deutschnationalen wurde hervorgerufen durch einen Artikel des führenden Wortes der Bayerischen Volkspartei, des „Bayerischen Kuriers“, der in seiner heutigen Nummer einen außerordentlich scharfen Artikel gegen den deutschnationalen Justizminister Gärtner veröffentlicht, der bekanntlich dem neuen Kabinett angehört. Auf Grund dieser scharfen Angriffe trat die deutschnationale Fraktion des Landtages noch vormittags zusammen und beschloß, ras eben frisch abgeschlossene Koalitionsverhältnis mit der Bayerischen Volkspartei zu kündigen. Diese Kündigung wurde in einem Schreiben an die Fraktion der Volkspartei zum Ausdruck gebracht, worin es heißt: „Solange solchen ungeheueren Querstreichen aus dem Lager der Bayerischen Volkspartei gegen das Kabinett ihrer eigenen Parteichefs nicht in bündiger und unabweisbarer Weise entgegengetreten wird, ist die deutschnationale Partei nicht in der Lage, sich an der geplanten Koalition zu beteiligen. Ein Kabinett, das unter solchen Vorzeichen zustande kommt, trägt den Keim der inneren Zersetzung in sich.“ Unter diesen verworrenen Verhältnissen kann natürlich die für Freitag geplante Wahl des Ministerpräsidenten nicht vorgenommen werden. Welche Lösung die Bayerische Volkspartei als die stärkste Partei des Landtages jetzt finden wird, nachdem nach wochenlangen Verhandlungen die Koalition mit den rechten Parteien gescheitert ist, ist im Augenblick noch vollkommen unklar und nicht abzusehen.

#### Sozialdemokratischer Erfolg im Reichstag.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Der Reichstag nahm heute bei der Beratung der sozialpolitischen Anträge und Interpellationen einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Stimmenten der Regierungsparteien an, wonach der Abbau der Beamten solange einzustellen ist, bis die Personalabgabenordnung der Reichsregierung durch ein Gesetz geändert worden ist.

# Tages-Neuigkeiten.

## Der Mieterschutz in der Prag.

Ein unsozialer Erlaß der Karlsbader politischen Bezirksverwaltung.

Bei der in Drahowitz bestehenden Unternehmung „Karlsbader Buntdruckwerke“ G. m. b. H., welche die Erzeugung von Abziehbilder für die Porzellanindustrie übernommen hat, wurden bereits wiederholt Bleibergstellungen bei den in der Buderabteilung beschäftigten Arbeiterinnen festgestellt. Auf eine Anzeige der Bezirkskrankenkassa in Karlsbad fand eine unangemeldete Kommission statt, bei welcher konstatiert wurde, daß die Räume, in welchen die Budermaschinen untergebracht sind, jeder Vorrichtung zur Verrichtung der Bleibergstellung entbehren, ja daß die Arbeiterinnen nicht einmal die notwendigen Waschgelegenheiten oder Erhörmungen haben. In dem der genannten Firma gehörigen Gebäude, welches bis zum Jahre 1921 ein Gasthaus mit Saal und Fremdenüberberge war, wohnen auch noch mehrere Mietparteien, welche unter den geschilderten Umständen auch zu leiden haben.

Die politische Bezirksverwaltung in Karlsbad hat nun der Firma den Auftrag erteilt, mehrere Mietparteien zu kündigen, um Räume für die Unterbringung der Budermaschinen zu erhalten, statt vielleicht den Auftrag zu geben, auf dem freien Räume, welcher zur genannten Fabrik gehört, ein neues Gebäude aufzuführen. Sie berief sich auf die Bestimmungen des Gesetzes über den Mieterschutz vom 26. April 1923, Nr. 25, Zlg. und sagt dazu wörtlich:

Wie aus den obigen Ausführungen zu ersehen ist, muß aus sanitären und arbeiterschutzrechtlichen Rücksichten auf eine Aufassung des derzeitigen provisorischen Buderzimmers und die Einrichtung eines neuen allen einschlägigen Vorschriften entsprechenden Buderzimmers geordnet werden. Nachdem im Hause Nr. 136, welches Privatigentum der Firma Karlsbader Buntdruckwerke, G. m. b. H. ist, außer den bereits in Anspruch genommenen Räumlichkeiten keine weiteren Räume zur Verfügung stehen, müßte die Firma, um die vorgeschriebene Aenderung des Betriebes durchführen zu können, zwei im ersten Stockwerk befindliche Privatwohnungen, bestehend aus drei Frontzimmern, in Anspruch nehmen, welche derzeit von den Parteien Josef Kreuzer und Karl Wertz bewohnt sind. Diese drei Räume kann die Firma vorläufig aber nicht für die Betriebszwecke einrichten, weil die genannten Parteien, die unter dem Mieterschutzgesetz stehen, diese freiwillig nicht verlassen wollen.

Und weiter unter Punkt drei:

Sie haben sofort unter Hinweis auf Punkt 16 des § 1 des Gesetzes vom 26. April 1923, Zgl. 25, Zlg. d. G. u. B. die notwendigen gerichtlichen Schritte zu tun, um die im ersten Stockwerk Ihres Hauses befindlichen Wohnungen für Fabrikzwecke frei zu bekommen, dann Lager und Bureau in den ersten Stock zu verlegen und mit aller Hilfe der im Erdgeschosse freierwerden Räume die Budermaschinen in die unten näher bezeichneten Lokale zu verlegen.

Die politische Bezirksverwaltung in Karlsbad verlangt also von einem Unternehmer, welcher die Möglichkeit hat, seinen Betrieb ohne weiteres durch einen Aufbau so auszugestalten, daß er den gesetzlichen Anforderungen entspricht, daß er statt dessen die in seinem Hause wohnenden Mietparteien gerichtlich kündigen und verweist auf die Bestimmungen des § 1, Punkt 10 des Gesetzes vom 26. April 1923, betreffend den Mieterschutz. Sie übertrifft aber dabei, daß der größere Schaden auf Seite der Mieter statt der Vermieter ist, und daß selbst durch diese Maßnahmen der vorhandene ungesetliche Zustand nicht beseitigt werden kann.

Außerdem bestimmt aber das Gesetz gleichen Datums Nr. 87, Zlg. im § 4, übernommen aus dem Gesetze vom 11. Juli 1922, Nr. 225, Zlg. folgendes:

Die Benützung von Wohnungen oder Teilen derselben zu anderen als Wohnzwecken ist nur mit behördlicher Bewilligung gestattet.

Die Bewilligung kann nur aus wichtigen Gründen erteilt werden, insbesondere, wenn es sich um die Benützung der Räumlichkeiten zu einem öffentlichen Zwecke handelt, für den andere Räumlichkeiten nicht beschafft werden können. Von diesem Falle abgesehen kann die Bewilligung nur dann erteilt werden, wenn in der Gemeinde kein Wohnungsmangel herrscht, oder wenn der Gesuchsteller zur Wohnung geeignete Ersatzräume beschafft.

In der Gemeinde Drahowitz herrscht aber ein von derselben Behörde konstatiertes ungeheurer Wohnungsmangel. Die Räumlichkeiten sollen nicht für öffentliche Zwecke, sondern für Privatwecke verwendet werden und der Gesuchsteller hat sich auch nicht bereit erklärt, Ersatzräume zur Verfügung zu stellen und trotzdem hat die politische Bezirksverwaltung in Karlsbad den Auftrag gegeben, die gerichtliche Kündigung durchzuführen und so die zwangsweise Räumung der Wohnungen durchzuführen zu können, obwohl die Gemeinde Drahowitz welche schon fünf Parteien mit 14 Kindern, davon die leibdelogierte mit sechs Kindern ohne Wohnung hat, nicht einmal Räume besitzt, um die Mobilien der Delogierten aufbewahren zu können.

### 60.000 Rückkehrer.

Paris, 26. Juni. Der „Temps“ teilt mit: Die Rheinlandkommission hat am 25. ds. beschlossen, die Ausweisungsbefehle für 7460 Personen zu annullieren. Wenn die Zahl der Familienmitglieder in Betracht gezogen wird, dürften jetzt etwa 30.000 Ausgewiesene in das besetzte Gebiet zurückkehren. Die Liste mit den Namen dieser Personen werden den deutschen Behörden zugehen. Mit den früheren Maßnahmen ähnlicher Art zusammen, beträgt die Zahl der zur Rückkehr ermächtigten Personen rund 60.000. Auch für die belgische Besetzungszone sind Gnadenbefehle beschlossen. Weitere Annullierungen von Ausweisungsbefehlen stehen bevor.

### Protektkreis wegen Matteottis.

Bern, 26. Juni. Zum Zeichen des Protestes gegen die Ermordung Matteottis wird in Mailand morgen vormittag zehn Uhr in sämtlichen Arbeitsstätten die Arbeit eingestellt. Der Tramwayverkehr und der Dienst der öffentlichen Betriebe ruht zwei Minuten lang.

### Amnestie für die Minister Radoslawows.

Sofia, 26. Juni. Der gestrige Ministerrat beschloß, wegen der Uebertretungen gegen die Vorschriften über die öffentliche Versorgung eine Amnestie zu erlassen, und die ehemaligen Minister des Kabinetts Radoslawows zu amnestieren, soweit sie nicht wegen Gewinnjucht verurteilt sind. Radoslawow selbst wird der Amnestie nicht teilhaftig werden. Ferner wurde beschlossen, die Getreideausfuhr frei zu geben. Das Sobranie wird die Session am 29. Juli beenden.

### Die Amundsen-Expedition gescheitert.

Bern, 26. Juni. Der „Secolo“ veröffentlicht heute ausführliche Meldungen aus Pisa in Ergänzung seiner gestrigen Mitteilung, daß die Nordpolexpedition Amundsen infolge finanzieller Schwierigkeiten gescheitert sei. Der Leiter des Unternehmens Konsul Hammer, habe gewissen Zeitungen das ausschließliche Recht auf die von den Expeditionsteilnehmern angefertigten Photographien und Reiseberichte abgetreten. Der Erlaß hieraus habe die finanzielle Grundlage des Unternehmens bilden sollen. Der italienische Flieger Locapelli habe aber jetzt für sich das Recht des Verkaufes der Photographien und der Berichte in Anspruch genommen und so die Absicht Hammers durchkreuzt. Hammer sei mehrere Male nach Paris gereist, um finanzielle Unterstützung zu suchen. Die italienische Firma, die die Flugzeuge erbaute, und dann die Kapitalisten, die zum größten Teil Deutsche seien, haben das in den fünf erbauten Apparaten stehende Geld realisieren müssen, und deshalb bei Ablieferung der Flugzeuge Bezahlung gefordert. Aus diesem Grund sei der Plan aufgegeben. Die norwegischen Piloten und Mechaniker seien abgereist. Der Italiener werde ebenfalls abreisen oder höchstens den Flug nach Spitzbergen ausführen.

Die Senatoren Genossen Löw, Lorenz und Genossen haben sich daher an den Innenminister mit einer Interpellation gewendet, in der sie ihn fragen, ob er bereit ist, die politische Bezirksverwaltung Karlsbad auf das unsoziale ihres Erlasses aufmerksam zu machen und dafür zu sorgen, daß der oben zitierte Erlass von der politischen Bezirksverwaltung Karlsbad zurückgenommen wird.

Der „aufreizende“ Sodel. Die politische Bezirksbehörde hat dem Egerer Stadtrat den Auftrag erteilt, auch den Sodel des Kaiser Josef-Denkmal in Eger zu entfernen, weil dieser Sodel ein Bestandteil des ganzen Denkmal ist und der leere Sodel aufreizend wirkt. Dagegen hat der Egerer Stadtrat einen Refus beim Ministerium des Innern eingebracht, dem nicht stattgegeben wurde. In der letzten Sitzung wurde die Sache noch nicht an den Verwaltungsgerichtshof beschloffen. — Wir sehen schon, daß selbst mit der Begründung des Sodels die Sache noch nicht erledigt wäre: man bedenke nur, wie aufreizend dann erst der leere Platz wirken müßte.

Des Rätsels Lösung ist gefunden. Die völkischen Blätter haben lange zur Ermordung Matteotti geschwiegen, sie, die wenige Wochen vorher die Sozialdemokraten der Mitschuld an dem Attentat gegen Seipel ziehen, können berufsmäßig nicht die Wahrheit sagen, um Mussolini nicht bloßzustellen und schweigen daher lieber. Zuerst hat der Duxer „Tag“ seine Sprache (die aber keineswegs die deutsche ist), wiedergefunden, und schon ist die Schuld von Mussolini auf jemanden anderen abgewälzt — auf die Juden. Aus einer Bemerkung der „Bohemia“, daß Finzi einer jüdischen Familie entstamme, schließt der „Tag“ mit dialektischer Schärfe und zwingender Logik, daß die Juden den Faschismus, der „ursprünglich eine idealistisch nationale Strömung war, der als Reaktion auf die kommunistisch-sozialdemokratischen Schandtaten (?) entstand, „korrumpiert, verraten und verkauft“ haben. Wahr an dem Ganzen ist nur, daß der Faschismus die Reaktion selbst ist und seinen „Idealismus“ bisher in Wahlschwindel und reichlicher Verwendung von Rizinusöl bestätigt hat, nun aber aus Ganze geht und politische Gegner einfach umbringen läßt, was offenbar auf den jüdischen Einfluß zurückzuführen ist, der ihn korrumpiert hat. Womit für den Duxer „Tag“ alles reiflos geklärt erscheint.

Ein Familiendrama ereignete sich am Sonntag bei der Militärkassette in Jägerndorf. Der Arbeiter S., der mit der Schwägerin des Kesselschmiedes J. verheiratet war, lebte mit seiner Frau in stetem Unfrieden. Das unglückliche Weib sah sich deshalb schon einigemal veranlaßt, den Mann zu verlassen. Ende der vorigen Woche bestellte sie ihr Gatte für Sonntag halb 11 Uhr vormittags zur Militärkassette, wo sie sich auch befand. Um diese Zeit hörte ein vorübergehender Bekannter des S. drei Schüsse und eilte sofort zu der Stelle, wo die Schüsse gefallen waren. Ein grauenhaftes Bild bot sich ihm da dar: Die Frau lag auf der Erde, auf der Brust das weinende Kind. Das eine Auge hatte sie ausgehossen, ein anderes Projektil war ihr durch den Mund gegangen. Der Täter hatte inzwischen die Flucht ergriffen. Gendarmerie nahm sofort die Verfolgung des Mörders auf. Dieser wollte über die Grenze nach Deutschland flüchten, berennte sich aber beim Sprung über einen Graben den Fuß, so daß er nicht weitergehen konnte. Er mußte sich von der Rettungsgesellschaft in das Spital überführen lassen, wo er erkannt und gleich dem Bezirksgericht in Jägerndorf eingeliefert wurde. S. wird sich bei der nächsten Schwurgerichtssession in Troppau wegen Mordes zu verantworten haben. Prag, die Kongressstadt. Aus Paris wird gemeldet: Die Konferenz der internationalen Heronautischen Föderation wird im Jahre 1925 in Prag stattfinden.

Kommunisten und Deutschböhmische. Einer Meldung der „Neuen Jähne“ aus Breslau zufolge wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Rechtsradikalen und Kommunisten in Bistupitz der Kommunist Pigan durch mehrere Dolchstiche so schwer verwundet, daß er auf dem Transporte ins Krankenhaus starb. Ein weiterer Kommunist wurde schwer verwundet. — Nach einer Mitteilung desselben Blattes wurde der kommunistische Stadtrat Börr im Sitzungssaal der Bezirksverordnetenkommission Weidung von Kriminalpolizisten verhaftet und abgeführt.

Seipel auf dem Wege der Gesundung. Aus Wien wird gemeldet: Das Befinden des Bundeskanzlers ist sehr gut. Wahrscheinlich wird am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche ein ärztliches Konsilium stattfinden, wann der Bundeskanzler im Automobil aus dem Wiedener Krankenhaus nach Hütteldorf ins Sanatorium wird überführt können.

Au Kur-Klan und blutige Nasen. Am Nationalkongress der demokratischen Partei in New York wurden für die bevorstehende Präsidentschaftwahl mehrere Kandidaten vorgeschlagen. Als auch Personen vorgeschlagen wurden, welche durch ihre Gegnerschaft gegen die Geheimorganisation Au Kur-Klan bekannt sind, kam es zu einer Mauererei. Einige Delegierte verließen den Kongress mit blutenden Nasen.

Hitzwelle in Amerika. Ueber die Mittelstaaten der Union, insbesondere über Ohio und Illinois, ist eine fürchterliche Hitzwelle hereingebrochen. In Chicago, wo die Temperatur binnen 24 Stunden von 64 auf 94 Grad Fahrenheit stieg, wurden an hundert Personen vom Hitzschlag getroffen. Elf Fälle verliefen tödlich. Aus einzelnen Städten werden Hitzgrade bis zu 110 Grad Fahrenheit im Schatten ge-

# Die Diktatur der Moskauer Internationale wackelt.

## Sinowjew: „Die Exekutive genießt nicht mehr das absolute Vertrauen.“

Moskau, 26. Juni. (M.) Der Kongress der 3. Internationale setzte die Debatte über das Wirken kommunistischer Parteien in den einzelnen Staaten fort. Ein ausführliches Referat hierüber erstattet der Vorsitzende der 3. Internationale Sinowjew. Er wirft der polnischen kommunistischen Partei vor, daß sie zuviel nach rechts gehe und in den Tagen des Krakauer Aufstandes einfach versagt habe. Der polnische Exekutivausschuß sei zu sehr zum Diplomatisieren geneigt. Eine Verbesserung sei von der Behebung der Fehler ihres Exekutivausschusses zu erwarten. Was Italien anbelangt, so haben die italienischen Linkskommunisten unrichtig behauptet, daß die italienische Sozialistenpartei keine Arbeit hinter sich habe. Durch die Wahlen wurde etwas ganz anderes bewiesen. Die Wahlen zeigten aber auch den Wert der italienischen kommunistischen Partei, die gesund und

bis nun die einzige Vertreterin der 3. Internationale Italiens sei. Ihr linker Flügel, mit Bordiga an der Spitze, müßte aber dem Dogmatismus entsagen, was der Revolution in Italien nur zum Vorteile gereichen würde. Die 3. Internationale werde sich nicht Bordiga anpassen, sondern er müsse sich derselben unterordnen. Sinowjew bedauert das Fehlen Lenins, da der Exekutivausschuß ohne ihn nicht das frühere absolute Vertrauen genieße. Alle Parteien müßten jetzt ihre besten Leute in den Exekutivausschuß entsenden, Lenin müsse durch ein Kollektivum ersetzt werden. Fälle von Disziplinverletzung sind nach Möglichkeit in Stille liquidiert worden. Die Disziplin müsse noch straffer sein als unter Lenin und niemand dürfe nur von der Einhaltung der formalen Disziplin sprechen.

meldet. Die Hitzwelle bewegt sich gegen Osten und wird bald New York erreichen.

Deutsche Dichter- und Gelehrtenhonoreare in vergangenen Tagen. In Deutschland waren zu Luthers Zeiten sechs Groschen für den gedruckten Bogen schon ein ansehnliches Honorar. Der große Reformator bekam von mehreren seiner Verleger gar nichts, als einige Exemplare seines Wertes. Freilich wollte er auch nichts, denn einige Buchhändler boten ihm ein Jahresgehalt von 400 Talern an, das er ausschlug. — Soß bot im Jahre 1779 seine Uebersetzung des Homer samt dem Kommentar für zwei Taler das Exemplar auf Subskription an, denn kein einziger Buchhändler wollte drei Taler Honorar für den gedruckten Bogen bezahlen. — Wieland zahlte ein Schweizer Verleger für den Bogen der „Komischen Erzählungen“ bei der ersten Auflage fünf Gulden, für den „Agathon 43 neue Leuktor oder 523 Gulden. Nach sechs Jahren waren elfhundert Exemplare abgesetzt, womit der Verleger nicht zufrieden war. — Klopstock bekam für die ersten Gefänge des „Messias“ von seinem Verleger in Halle zwei Taler für den Bogen. Goethe soll für „Hermann und Dorothea“ hundert Friedrichsdor erhalten haben.

Juwelen im Fischlopf. Der englische Juwelenmarkt von Hatton Garden, der größte der Welt, hat schon so manche Geheimnisse und Romane durchlebt, aber ein Geheimnis, wie es jetzt die Juwelenhändler in Aufregung versetzt, ist noch nicht vorgekommen. Es handelt sich um einige merkwürdige Steine, die einem bekannten Händler Gordon Nathan zum Kauf angeboten wurden. „Ich beschaffte mich seit 30 Jahren mit dem Handel mit allen möglichen Arten von Edelsteinen und Halbedelsteinen“, sagte er. „Aber ich habe noch niemals Juwelen gesehen, wie die, die mir jetzt angeboten wurden. Sie haben noch keinen Namen. Sie wurden in Fischlöpfen gefunden, und zwar immer paarweise und wurden aus dem Hinterlande von Peru hierher gebracht.“ Die Steine sind unregelmäßig in der Form, haben eine perlenscheibe Farbe und sind etwa dreieckig bis vierkantig. Sie stellen für alle Sachverständigen der englischen Diamantenbörse eine Neuheit dar, die ihnen noch nicht vor die Augen gekommen ist.

Ausgabe von Wochenkarten auf der Prager Elektrischen. Mit Rücksicht darauf, daß Wochenkarten für auf Monatsgehalt Angestellte bereits Montag den 30. Juni zur Ausgabe gelangen, wird das Publikum, welches diese Wochenkarten benötigen will, aufmerksam gemacht, daß Legitimationen, die zur Benutzung dieser Karten berechtigen, bereits ab Samstag, den 28. Juni in allen Remisen der elektrischen Bahn sowie in der Kartenausgabestelle bei St. Heinrich und in den übrigen Verkaufsstellen zu haben sind.

Wetterübersicht vom 26. Juni. Mittwoch herrschte in der Republik wechselnde Bewölkung; Regenschauer melden nur Fichtelberg und Schneekoppe je 1 Millimeter, Ruzschene 2 Millimeter. Die Temperaturunterschiede haben sich nahezu ausgeglichen; die Maxima lagen zwischen 20 und 25 Grad Celsius. In der letzten ziemlich klaren Nacht sank die Temperatur in Klattau auf 7 Grad Celsius, in Eger auf 5 Grad Celsius. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt und im ganzen schön. Bei langamer Erwärmung.

Fumor. (Jägerlatein.) Auf dem Markt will der Bauer eine Kuh verkaufen und lobt seine Ware: „Sie gibt zwanzig Liter Milch bloß bei Häckseltter, und wenn sie ein bißchen Krautfutter bekommt, gibt sie gleich dreißig.“ — „Aber warum willst du sie verkaufen?“ „Ja, sießt du die Weibskente bleiben alle nicht bei mir sie machen sich alle die Arme beim Melken kaputt.“ — (Eine Grabin schreit.) Ansehener ist es nicht immer leicht, eine Grabin schreit so abzusassen, daß sie kein Mißverständnis in dem andächtigen Leser hervorruft. So steht auf dem Friedhof in Alttrausow, einem Dorf in Pommern, ein Grabstein, auf dessen einer Seite man lesen kann: „Er trank zu früh den Bittern“ und auf der andern Seite: „Reich des Lebens“. Es ist, wie man hier sieht, durchaus wesentlich, daß jedes Ding auch eine Rehrseite hat. — (Gemischte Freunde.) Zwei Freunde treffen sich auf der Straße. „Du strahlst ja förmlich“, sagte der eine, „hast du etwa das große Los gewonnen?“ „Nein, erwidert der andere, „aber ich bin heute glücklicher Vater geworden.“ „So, na dann gratuliere ich! Wie geht es der Frau Gemahlin?“ „Danke gut! Possenlich erzählt sie nichts!“

teidiger und der Angeklagte ersuchten um mildere Bestrafung oder nochmals Einfordern von Sachverständigenutachten über den Geisteszustand des Angeklagten, desgleichen stellten sie noch mehrere Beileidsanträge. Nach längerer Verhandlung beschloß das Gericht, den Antrag der Verteidigung zu entsprechen, und die Verhandlung wurde vertagt.

## Volkswirtschaft.

### Internationale Arbeitskonferenz.

#### Deutschland und der Achtstundentag. — Keine Nachtarbeit der Bäcker im Kleinbäckereibereich.

In der Sitzung der internationalen Arbeitskonferenz am Mittwoch hielt der deutsche Arbeiterdelegierte Hermann Müller eine längere Rede über Deutschland und den Achtstundentag, in der er unter anderem ausführte, daß seit November 1923 die Festsetzung der Arbeitszeit im wesentlichen den Unternehmern überlassen sei. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit gebe es aber noch andere Mittel, als die Verlängerung der Arbeitszeit. Wenn der deutsche Arbeiter wieder stark sei, werde er sich gegen die Uebergriffe der Arbeitgeber und der Regierung energisch zur Wehr setzen. Bezüglich der Reparationsfrage erklärte der Redner, die Reparationslasten dürfen von der Arbeiterschaft nicht allein getragen werden. Wegen der Beschäftigung des Ruhrgebietes und der Geldentwertung seien alle sozialen Fortschritte in Deutschland drohend und zum Teile rückgängig gemacht worden, weshalb viele Arbeiter den Glauben an die deutsche Demokratie verloren hätten und zu den extremen Parteien übergegangen seien. Schließlich lenkte Müller die Aufmerksamkeit des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes auf eine andere Seite des Problems, nämlich darauf, daß die äußeren Einflüsse beseitigt werden müssen, welche in Deutschland die Demokratie nicht aufkommen lassen.

Der englische Regierungsoberbeamte Davis führte aus, seine Regierung sei bereit, im Unterhause eine Vorlage über die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentags-Abkommens vorzulegen, sobald es die übrigen Geschäfte des Parlamentes erlauben. Er erklärte, die Reparationsverpflichtungen könnten in keiner Weise die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland rechtfertigen.

Der belgische Delegierte Malain erklärte, die belgische Regierung sei bereit, das Washingtoner Achtstundentags-Abkommen zu ratifizieren. Das Komitee für die Nachtarbeit in den Bäckereien hat gleichfalls Mittwoch mit 23 gegen 12 Stimmen den Antrag der Arbeiterdelegierten abgelehnt, womach das abschließende internationale Abkommen betreffend die Abschaffung der Nachtarbeit die Kleinbäckereimeister nicht treffen soll.

Die Bezirkskrankenkasse Aachen versendet soeben ihren Jahresbericht und Rechnungsschluß für das Jahr 1923. Nicht auffallend ist das starke Sinken der Betriebseinnahmen gegenüber dem Vorjahre, obwohl die Zahl der Mitglieder nicht zurückgegangen ist, sondern um 700 im Berichtsjahr stieg. Während im Vorjahre bei einem durchschnittlichen Mitgliederstand von 6323 Personen ein Betrag von 2.750.770 Kronen eingenommen wurde, ergab sich im Berichtsjahr bei einem durchschnittlichen Mitgliederstand von 7010 Personen nur ein Betrag von 2.554.468 Kronen. Die Ursache hievon ist im allgemeinen Lohnabbau und in der bekannten Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zu suchen. Nach dem Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtshofes ist nämlich für die Lohnklasseneinreihung nicht der tägliche Verdienst der Versicherten Personen maßgebend, so wie das Gesetz es verlangt, sondern der tägliche Verdienst ist mit sechs zu multiplizieren und der so errechnete Wochenverdienst durch sieben zu dividieren. Trotzdem ist der Reservefond der Kasse von 954.678 Kronen auf 1.119.763 Kronen angewachsen. Neben dem Kassenausschweis, der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie der Bilanz haben wir aus dem Bericht den eingehenden, vom Chefarzt Dr. Kreis verfaßten ärztlichen Bericht hervor, sowie die zahlreichen Bilder, welche ein Schmaus des Jahresberichtes sind.

Beamtenabbau in den Wiener Banken. Mittwoch abends fand in Wien eine Konferenz der Betriebsräte der Bankangestellten statt, die sich mit der Krise im Bankgewerbe beschäftigte. In seinem Referate erklärte der Präsident des Reichsverbandes der Bankangestellten Cypstein, daß demnächst insgesamt 4—5000 Bankangestellte arbeitslos werden. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Betriebskonferenz der Wiener Kreditinstitute einen Appell an die Direktionen der Wiener Großbanken richtete, die Gefahr, die durch die plötzliche Arbeitslosigkeit wandernder Bankangestellter gegeben wäre, nicht dadurch zu verschärfen, daß zu dem gleichen Zeitpunkt durch Abbaumahnmehnen jener Institute, deren materielle Fundierung einen Ausschub solcher Maßnahmen gestatten würde, die Situation ins Ungemessene verschlechtert werde. Die Organisation der Bankbeamten wird im Rahmen der gewerkschaftlichen Möglichkeiten alles vorkehren, um helfend und vorbeugend einzugreifen. Sie lehnt aber jede Verantwortung ab für den Fall, daß auch die gut hunderten Großbanken durch Personalentlassungen das Problem zu einer über den Rahmen der Gewerkschaft hinauswachsenden Frage machen. In der an die Verlesung der Resolution sich anschließenden Debatte wurde mitgeteilt, daß eben die Betriebsbank beschloß, habe, 400 Bankangestellte abzubauen. Eine sofortige Intervention sei ohne Erfolg geblieben.

## Gerichtssaal.

### Der militärische Benzinprozeß.

Vor dem Divisionsgericht kam es heute bei der Vernehmung des Zeugen Dr. Licht, der von dem Obersten Adam als sein Liebstein bezeichnet wurde, der Adam aus daß in die Benzinnafare verwickelt habe, zu heftigen sehr erregten Szenen. Der Zeuge schildert sehr ausführlich seinen Zusammenhang mit der Benzinnafare. Seine Informationen beruhen durchwegs auf Rejebly, dessen Aussagen auf den Zeugen einen durchaus glaubwürdigen Eindruck machten. Zeuge bestreitet entschieden, daß er in irgend einer Weise etwas gegen den Obersten Adam unternommen hätte, was mit seiner Verhaftung in Zusammenhang gebracht werden könnte. Adams Behauptung, daß er der Autor der ganzen Sache sei, sei vollständig unwahr. Der Zeuge hege keine Feindschaft gegen Adam, könne jedoch beweisen, daß sich Adam um die Beunruhigung der Exzellenz Lichts bemüht habe. Adam habe im Jahre 1919 in einem Memorandum an den Präsidenten gesagt: Herr Präsident, im Namen der Wahrheit und der Gerechtigkeit teile ich Ihnen mit, daß in der Tschechoslowakischen Republik ein Schuft lebt: Es ist Oberstleutnant Dr. Licht.

Nach der Vernehmung Lichts stellt Oberst Adam, der sehr erregt ist und sogar stellenweise in Tränen ausbricht, verschiedene Fragen an den Zeugen, welche dieser in einer für Adam entlastenden Weise beantwortet.

Hierauf erfolgt auch die Einvernahme der Frau Licht. Der gestern zu acht Monaten verurteilte Ing. Malina bittet, für heute von seiner Einvernahme entbunden zu werden, da er unter dem Eindruck des Urteils zu einer Aussage heute nicht fähig sei.

### Der Musiker als Spion.

Vor dem Leipziger Reichsgericht hatte sich dieser Tage der 23jährige Musiker Walter Hans Capitol aus Kassel wegen Spionage und Verrats militärischer Geheimnisse zu verantworten.

Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Angeklagte ist Musiker und der Sohn des bekannten Professors der Musik, Capitol, in Kassel. Auch er studierte Musik. Bei Ausbruch des Krieges stellte er sich freiwillig und kurz nach Beendigung desselben ging er zum Detachement Reinhardt nach Berlin. Hier hatte er die Bewachung des Hotels Adlon, wo die Neutralitätskommission ihren Sitz hatte. Er lernte dort die französischen Offiziere Hartmann und Pilero kennen, und da er gut englisch und französisch spricht, bewarb er sich um die Stellung eines Dolmetschers im besetzten Gebiet. Im feindlichen Nachrichtendienst befand er sich vom März bis Oktober 1920. Da er lange Zeit stellungslos und dadurch in Not geraten war, wurde er aus dem elsternhause verstoßen, und so entschloß er sich, in die Fremdenlegion einzutreten. Da er infolge seiner Kriegsverwundung für die Fremdenlegion nicht angeworben wurde und durch die Bekanntschaft mit französischen Offizieren günstige Vorteile errungen hatte, verwendete man C. zum Nachrichtendienst in Griesheim und Kassel. Dort übertrug man ihm die Ermittlung über die Bewegung des Jungdeutschen Ordens in Kassel. Es bestand bei der französischen Nachrichtenstelle die Auffassung, daß diese recht radikale Bewegung auch den deutschen Nachrichtendienst beherrsche. Am 11. September 1920 verließ der Angeklagte ein Bureau des Jungdeutschen Ordens und raubte wichtiges Aktenmaterial, das er gegen gute Prämie dem französischen Nachrichtendienst anlieferete. Auch in einigen anderen Fällen hat er sich angeblich des Verrats militärischer Geheimnisse schuldig gemacht. Als Flüchtlingstrossenführer nahm er die Mittel in Anspruch, die von den Behörden für diese Zwecke zur Verfügung standen und reiste in einigen Städten Deutschlands herum. Auch hierbei soll der Angeklagte Mitteilungen über die Aufmarschbewegung faschistischer Truppen in Bayern dem französischen Nachrichtendienst übermittelt haben. Desgleichen soll er wichtige Meldungen von anderen Städten nach dort weitergegeben haben.

Der Angeklagte bestritt die meisten ihm zur Last gelegten Taten. Dabe er es dennoch getan, habe er nur aus Not gehandelt, da er stellungslos war und von zu Hause nichts erhalten konnte. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte eine Gesamtstrafe von 13 Jahren Zuchthaus und Abschaffung der Ehrenrechte auf 10 Jahre. Der Ver-

**Die internationale Gestaltung der Warenpreise.** Nimmt man den Jahresdurchschnitt der Indizes für Großhandelspreise im Jahre 1923 zum Ausgangspunkt, so kann man für die ersten vier Monate des laufenden Jahres 1924 feststellen, daß sich die Preise gegenüber 1923 in sämtlichen europäischen Ländern erhöht haben. So ist für Dänemark, Holland, Norwegen, die Tschechoslowakei eine ziemlich beträchtliche Erhöhung des Preisniveaus zu verzeichnen. Die Preise in England, in der Schweiz, in Spanien, Italien, Österreich haben sich ebenfalls erhöht, aber nur in geringerem Maße. Für Frankreich und Belgien war infolge des Francsturzes und der darauf folgenden Erholung des Franc, für Deutschland und Polen infolge der Stabilisierung, die Preisentwicklung nicht normal. In den letztgenannten Ländern wurden nach der Stabilisierung die Entwertungs- und Risikoprämien abgebaut, wodurch eine Verbilligung gegenüber den letzten Monaten 1923 erreicht werden konnte. Die Rotenpresse Russlands wurde erst im März stillgelegt. Von Jänner auf Februar haben sich die Papiermarktpreise noch auf das Vierfache erhöht. In den Vereinigten Staaten und Kanada gingen die Preise gegenüber 1923 zurück, eine Bewegung, die in den europäischen Ländern erst nach dem Monat April einsetzte. Unter den überseeischen Ländern ist das Preisniveau in China und Südafrika auffallend niedrig; es ist nämlich höher in Indien, am höchsten in Japan, wo die Preise auf der doppelten Friedenshöhe stehen.

### Kleine Chronik.

#### Entdeckung einer neuen Menschenrasse.

Eine geheimnisvolle Rasse mit goldfarbigen Haaren, blauen Augen und weißer Haut ist in den unwäldern von Darien im östlichen Panama entdeckt worden. Schon seit Jahrhunderten ging das Gerücht davon, daß „blonde Indianer“ im Innern von Darien hausten. Die Spanier des 16. Jahrhunderts hatten von ihnen gehört und sprachen in ihren Berichten von „Albinos“. Die englischen Seeräuber des 17. Jahrhunderts verbreiteten ebenfalls das Gerücht, aber Genaueres war über diese weißen Indianer noch nie erforscht worden. Deshalb unternahm die sogenannte **Marsh-Darien-Expedition**, der neben dem bekannten Forschungsreisenden Richard O. Marsh der Ethnologe Professor Baer von der Smithsonian-Institution und der Jchthologe Dr. Sieder vom New Yorker Naturwissenschaftlichen Museum angehörten, eine fünfmonatige Forschungsreise in das wenig bekannte Innere des Landes, und nach vielen Mühen gelang es ihnen, die weißen Indianer zu entdecken. Zwei Exemplare dieser seltsamen Rasse werden mit nach New York gebracht werden.

„Die weißen Indianer, die ich mitbringe,“ schreibt Marsh in einem vorläufigen Bericht, „sind ein Jüngling von 19 Jahren und ein Mädchen von 21; sie sind goldhaarig, blauäugig und haben eine weiße Haut, die mit feinen weißen Haaren bedeckt ist. Sie machen durchaus nicht den Eindruck von Albinos, sondern sehen so aus, wie man sich primitive weiße Menschen des Nordens vorstellt. Wir haben viele weiße Indianer auf einer primitiven Kulturstufe entdeckt und sind einer uralten Kultur auf die Spur gekommen. Wir haben sehr bedeutende ethnologische Sammlungen zusammengebracht und auch Filmaufnahmen hergestellt, so daß man ein deutliches Bild von dem Aussehen und der Lebensweise dieser geheimnisvollen Rasse, die seit Jahrhunderten gesucht wurde, erhalten wird.“

### Radio.

Von Ing. Otto Dittmar.

Benigne Mitbürger wird es wohl geben, die in letzter Zeit nicht das Wort Radio gehört haben werden. Man bezeichnet damit die drahtlose Telephonie und Telegraphie. Die Deutschen nennen es Rundfunk. Aufgabe dieses Aufsatzes soll es sein, das Wesen des Radio, soweit dies in einem Aufsatze möglich ist, zu erklären.

Zunächst das Wort: Radio. Man hüte sich, es mit Radium zu verwechseln. Damit hat es gar nichts zu tun. Es ist abgeleitet vom Worte Radius, Kreishalbmesser, weil es von einem Punkte aus in allen Richtungen, also halbmesserartig, radial, seine Wirkung ausübt.

Eigentlich finden die meisten für unsere Sinne wahrnehmbaren Erscheinungen so statt: Geben wir irgendwo im Raume einen Schuß ab, so verbreitet sich der dadurch hervorgerufene Schall ebenfalls radial nach allen Richtungen. Binden wir im Zimmer eine elektrische Glühlampe an. Sofort verbreitet sich das Licht nach allen Seiten in geraden Strahlen. Wachen wir im Ofen ein Feuer an, die Wärme verbreitet sich gleichmäßig nach allen Richtungen. Werfen wir einen Stein ins Wasser, wer hätte nicht die Wellen gesehen, die sich in Kreisen ausbreiten.

Tatsächlich liegt allen diesen Erscheinungen etwas gemeinsames zugrunde. Die sogenannte Wellenbewegung, die wir am deutlichsten an dem Versuch mit dem Stein sehen. Aber etwas ganz ähnliches müssen wir uns, sowohl beim Schall, als auch bei der Wärme, als auch beim Licht vorstellen. Wellenbewegung, nur nicht eine solche des Wassers, sondern, je nachdem, eines anderen Mittels.

Die angeführten Beispiele haben aber noch etwas anderes gemeinsam. Wir können sie mit unseren Sinnen ohne Hilfsapparate wahrnehmen. Wir können die Erschütterung der Luft, die ein Schuß hervorruft, noch auf ziemlich große Entfernungen mit unserem Ohr wahrnehmen. Wir können das Licht, wenn es nur genügend stark

ist, noch auf Millionen Meilen bemerken, denn wir haben ein Organ dazu, das Auge. Wir können die Wärme mit unserer Haut fühlen und die Wellenwellen gar mit Auge, Ohr und Haut wahrnehmen.

Run aber gibt es Wellen im Raume, für deren Wahrnehmung wir keine Organe haben. Jedermann weiß, daß ein Magnet in ständiger Eisenanziehung. Diese Wirkung des Magneten beruht auch auf einer Art Wellenbewegung. Hätten wir aber kein Eisenstück bei der Hand, wir könnten diese Wirkung des Magneten nicht sehen. Er läge ruhig da, ein totes Stück Eisen, wie jedes andere. Nichts verräete, daß rings um ihn herum eine besondere Kraft ist. Oder wer sah noch nie einen Telephonleitungsdraht. In ihm fliegen Worte, Gespräche, Nachrichten hin und her. Sieht man ihm was an? Nichts. Erst wenn wir gewisse Vorrichtungen anbringen, sind wir imstande, seine Geheimnisse abzuhören.

Und zu dieser Gruppe von Wellenbewegungen gehört auch die drahtlose Telephonie und Telegraphie. Es ist elektrische Wellenbewegung. Die Elektrizität ist nämlich auch nichts anderes, als eine Wellenbewegung wie Licht und Schall und Magnetismus. Erregen wir im Raume irgendwo elektrische Wellen, so breiten sie sich ebenso nach allen Richtungen aus, wie das Licht, ja sogar mit ebenso großer Geschwindigkeit. Nur können wir diese elektrischen Wellen, die wir mit den verschiedensten Vorrichtungen erzeugen können, nicht ohne weiteres wahrnehmen, wir brauchen dazu Vorrichtungen und solche gibt es auch eine Menge.

Im allgemeinen nennt man bei der drahtlosen Telephonie und Telegraphie den Apparat, der die Wellen erzeugt und in den Raum sendet, den **Sender**; jene Vorrichtung, mit der man die elektrischen Wellen wahrnehmen kann, den **Empfänger**.

Heute ist der meistbenutzte Sender der sogenannte **Röhrensender**. Die Senderröhre schaut äußerlich einer gewöhnlichen Glühlampe ähnlich. Innerlich freilich hat sie gewisse Einrichtungen, die sie erst für ihre Zwecke geeignet machen. Als Empfänger benützt man wiederum eine solche Röhre und ein gewöhnliches Telephon. Die allgemeinen Vorgänge beim Telephonieren und Telegraphieren stimmen im Prinzip mit jenen der Drahttelephonie und Telegraphie überein. Es würde viel zu weit führen, wollte man sie eingehend erklären. Es genügt zu wissen: irgendwo im Raume werden elektrische Wellen erzeugt, die breiten sich nach allen Richtungen im ganzen Raume aus, wir können diese Wellen entweder in bestimmten Zeitabständen erzeugen, also sozusagen Punkte und Striche mit ihnen machen, dann sprechen wir von Telegraphie, oder wir beladen sie (auch wieder mit gewissen Vorrichtungen) mit unserer Sprache (mit Sprechwellen), dann sprechen wir von Telephonie. Run haben wir weiters die Möglichkeit, an beliebigen Stellen des Raumes diese Wellen wahrzunehmen, wir haben einen Apparat, der sie sozusagen hört oder sieht und der geneigt ist, uns das, was er sieht oder hört, mitzuteilen.

Was der Laie am ehesten von der „Drahtlosen“ sieht, ist die Antenne. Dabei ist er aber geneigt, die Masten, die die Antenne tragen, mit der Antenne selbst zu verwechseln. Diese aber ist nichts anderes als ein System von Drähten, das die Aufgabe hat, die Wellen, die wir irgendwo in einem geschlossenen Raum erzeugt haben, ins Freie zu befördern, oder jene, die ankommen, aufzufangen und zu den Hörapparaten zu leiten.

Genau befehen ist die ganze Sache gar nicht so wunderbar. Es muß gesagt werden, daß die Telephonie mit Draht eigentlich das wunderbarere ist. Die drahtlose Telephonie ist zu vergleichen mit der gewöhnlichen Sprache. Sprech ich wo, hört man mich auch in allen Richtungen, sofern man nur Ohren hat, zu hören, und es hängt von meiner Lungenkraft ab, in welchem Umkreis. Ich habe aber keine Möglichkeit, es so einzurichten, daß mich gerade ein Bestimmter hört, daß meine Sprache nur längs einer bestimmten Linie wandert, bis zu einem Ort, wo jemand hört. Dies aber leistet die Drahttelephonie. Dort folgt das gesprochene Wort allen Windungen und Wendungen, geht bergauf und ab, unbelümmert um Sonne und Regen, Hitze und Gewitter, immer schön verborgen in einem dünnen Draht, neben dem ich stehen kann, ohne ihm das geringste anzumerken. Hier ist das größte Wunder. Nur fühlen wir es nicht so, weil wir die Sache gewöhnt sind.

### Kunst und Wissen.

**Gastspiel der Wiener Poffenbühne „Max und Moriz“.** Das Lachen ist heilig, mag es wodurch immer hervorgerufen sein, natürlich das gesunde Lachen, nicht das des Menschenerwärters, des Possenisten — Lustspielbühnen, Schwandichter, Komiker, die es erregen, in der Hitze des Sommers geplagten Menschen, die nicht die nötigen Glühgüter haben, um sich ein freudiges Lächeln über die Schönheit der Alpen, die Größe der Adria auf das Antlitz zaubern lassen zu dürfen und Heiterkeit vermitteln, müssen mit anderm Maßstabe gemessen werden als Bühnen hoher Kunst, große Dichter, durch den Ernst ihrer Leistung erschütternde Tragödien. — Auch solche leichte und leichteste Kunst kann demnach ihren Wert besitzen und an dem Vacherfolg gemessen, haben die tüchtigen Schauspieler und teilweise sehr festen Schauspielern der gastierenden Poffenbühne „Max und Moriz“, vor allem K. r. m. in Verg. in seinem lustigen Stück „Kaufhaus unter freiem Himmel“ — wenn die Witze auch nicht immer neuen Datums, noch weniger immer völlig

salonsfähig waren — wie auch der Dichter der Bühne A. Glinger und dessen bekannter Kompagnon Tassilo Anekennenswertes geleistet. Wahre Lachsalven bröckelten durch den überfüllten Raum der „Kleinen Bühne“, als in „Edsteins Verlobung“ Glinger als „Nathan der Weise“ dem verlobten Monis (E. Franzetti) gab ihm jüdischen Witz, aber auch Eleganz und Noblesse) seine Tochter als zweite Verlobte durch genialen Gounerstreich aufzwang. — Nicht weniger unterhielt der tolle Kasernenchwanz „Die 13 Ersahreservisten“ („Tage aus der guten alten Zeit“), dessen Grobianismen, Kasernenhofblüten, „fliegende Blätter“-Witze eine längst entschwundene Zeit zusammen mit den jüdischen Typen aus Wien und Larnow — oder Lundenburg? — emporsteigen lassen. — Auch hier weitersetzten Franzetti, Glinger und vor allem Verg als unübertrefflicher Jonas Gräntut aus Lundenburg, ein sach- und mitemverständliches Publikum zu amüsieren. Etwas anderes wollen sie nicht und einen andern Maßstab darf man darum an sie nicht legen.

**Wieder ein erfolgreiches tschechisches Lustspiel.** Wer hatte unlängst Gelegenheit, über den Erfolg von Scheinplugs Komödie „Die zweite Jugend“ (Drube melodi) zu berichten. Bohumir Trechals kürzlich aufgeführtes Lustspiel „Protektion“ (Protekte) ist nun ein neuerlicher Treffer des Weinberger tschechischen Theaters. Der Stoff des Lustspiels ist nicht neu. Erst unlängst wurde in London ein Lustspiel Bennets „London Life“ gespielt, das in ähnlicher Weise wie Trechals Stück, die politischen Vorgänge der neuen „demokratischen“ Staaten unter die Lupe nimmt. Beide sehen dasselbe: Auch in diesen neugeführten Staaten wird nichts ohne Protektion erreicht, keine Stelle ohne diese besetzt; Parteiwesen hat alles überwuchert und dient dazu, um Korruptionen zu decken; das allmächtige Parteiobhaupt (bei Trechals, der von Autorität geschwollene Herr Senator der „Gemäßigten“) mocht und stürzt Minister und Gouverneure. — In dem Trudel der Kriecher, rüch-ra-Klösen Beamten, streben Betrüger ist der Idealist, der Held der Trechalschen Komödie, der die Protektion in seinem neuerlangten Amte abschaffen will, der einzige Ehrenmann, aber gerade sein Sturz beweist, daß an diesem System durch einen Einzelnen nichts geändert werden kann. Er erkennt nämlich, daß auch seine Ernennung durch den Minister durch die Protektion der eigenen Frau erfolgt ist, die diese Beförderung als Liebesbeweis von diesem erlangt hat. Dadurch, daß die Partei des Ministers dessen Demission oder den Austritt des neuernannten Gouverneurs verlangt, da sich dieser ihrem Diktat nicht unterwerfen will, kommt das wahre Verhältnis ans Tageslicht. — Der Lacherfolg des Lustspiels, der sich bei aktuellen Dialogstellen in Applaus bei offener Szene manifestierte, liegt nicht in der Handlung, sondern in den glänzend gezeichneten und dargestellten Charakterfiguren der Parlamentarier, Beamten, Stellenhäger und „Böbelz“. Von besonderer Komik ist die Sitzung des Parteiausschusses im Ministerium und der Empfang der „parteilosen“, aber nach Wunsch auch alle Farben wechselnden Beamtenkamäleon. — Gespielt wurde, wie im Weinberger Theater immer, im ganzen vortrefflich.

**Nachmittagsvorstellung bei Kleinen Preisen** „Der Feldherrnhügel“. Für Sonntag ist im Neuen Theater eine Nachmittagsaufführung des lustigen Militärstückes „Der Feldherrnhügel“ angezettelt. Den Erzherzog spielt Alfred Hüttig a. G., den Oberst Alfred Rittig a. G.

**Grise Bläher** gastiert neuerlich Montag im Neuen Theater in „Grächen“ und Dienstag in der Kleinen Bühne in „Lissy, die Kokotte“.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Freitag „Papa“; Samstag „Der Kuh“; Sonntag nachmittags „Der Feldherrnhügel“, abends „Räbi“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Freitag, Samstag 10 Uhr nachts und Sonntag 3 Uhr nachmittags „Edsteins Verlobung“, „Die 13 Tage aus der guten alten Zeit“, „Kaufhaus unter freiem Himmel“; Samstag und Sonntag um halb 7 Uhr abends „Eine Frau — die Kokotte“, „Der Mann mit den zweieinhalb Frauen“ und „Er hat Talent“.

### Literatur.

„Die Volkshaus des Mahatma Gandhi.“ Der Drang, die Quellen und den Lauf der indischen Freiheitsbewegung und ihren Führer, Mahatma Gandhi, kennen zu lernen, ist durch Romain Rollands Buch noch gewaltig gesteigert worden. Um so begrüßenswerter ist es daher, daß nunmehr im Volkserzieher-Verlag, Berlin-Schlachtensee) unter obigem Titel ein Buch erschienen ist, durch das man Gandhi und seine Ideen in ausgewählten Stellen aus seinen Schriften noch näher kennen lernt. Fakir Husain, der dem Buche ein längeres Vorwort schrieb, hat zusammen mit Alfred Ehrentreich die Auswahl (in der Hauptsache aus der englisch geschriebenen Wochenschrift „Young India“) getroffen. Gandhi geht — das wird aus diesen Proben seiner schriftstellerischen Tätigkeit besonders klar — ganz andere Wege als wir Marxisten. Schon der Grundgedanke seiner Lehre: die absolute Gewaltlosigkeit und das Leidensmüssen scheiden Gandhis Volkshaus streng vom Marxismus. Dieses Buch versucht aber gerade den Beweis zu liefern, daß eben für das indische Volk Gandhis Lehre besonders geeignet war und geeignet sein dürfte, die national und sozial Unterdrückten zu erheben und zu revolutionieren. Und zum Verständnis der ungeheuren revolutionären Bewegung, die Gandhis Wort und Tat in Indien entfacht und die ein so wichtiges Glied in der Kette der Massenbewegung gegen Kapitalismus und Imperialismus ist, wird das verdienstvolle Sammelwerk gewiß beitragen.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt. Es empfiehlt sich außerdem auf dem Erlagschein auch noch die auf der Zeitungsadresse angeführte **Evidenznummer** anzuführen. Die Bezugsgebühr beträgt monatlich **Rs 16.—**, vierteljährig **Rs 48.—**, halbjährig **Rs 96.—**, ganzjährig **Rs 192.—** und ist stets im vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbeitrag muß längstens bis 10. in unserem Besitz sein und erstehen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

### Aus der Partei.

**Bezirkskonferenz Reichenberg.** Sonntag hielt die Bezirksorganisation Reichenberg in der „Reichshalle“ in Reichenberg ihre ordentliche Bezirkskonferenz ab. Vertreten waren zehn Lokalorganisationen, die Kreisleitung, das Bezirks-Frauenkomitee und die Kreisleitung der Jugendlichen, weiters der Verein „Kinderfreunde“ und das Reichenberger Lokal-Frauenkomitee. Aus den Berichten des Vertrauensmannes Gen. Dr. Fahn ging hervor, daß in der Berichtsperiode eine rege Tätigkeit entfaltet wurde. Neben einer großen Anzahl verschiedener Sitzungen wurden in Reichenberg und den der Bezirksorganisation angeschlossenen Lokalorganisationen eine Reihe größerer und kleinerer Versammlungen abgehalten. Außerdem fanden eine Reihe anderer Veranstaltungen, unter anderem eine Mäseier und eine Bobelieier statt; nebstdem wurden auch einige künstlerische Veranstaltungen abgehalten. Die in dem Berichtsjahr durchgeführten Werksaktionen brachten dem Bezirk einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern und Abonnenten für das Kreisorgan, den „Freigeist“. Drei neue Lokalorganisationen wurden gegründet, so daß der Bezirk jetzt 12 Lokalorganisationen aufweist. Aus dem Bericht des Bezirksklassiers Gen. Kupetzky ergibt sich ein Erstarren der Organisationen, da der Kassabericht einen ganz bedeutenden finanziellen Aufschwung verzeichnet. Sämtliche Berichte wurden von der Konferenz mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Bei den Neuwahlen wurde Gen. Dr. Fahn einstimmig wieder zum Bezirksvertrauensmann gewählt. Beim Punkt „Parteiangelegenheiten“ wurden eine Reihe wichtiger organisatorischer Fragen erörtert und erledigt, u. a. wurde auch beschlossen, daß die Lokalorganisationen vierteljährig mit dem Bezirksklassierer abzurechnen haben. Beschlossen wurde auch, dem Frauenkomitee zu übertragen, gemeinsam mit der Reichenberger Ortsgruppe des Vereins „Kinderfreunde“ in den nächsten Wochen einen Bezirks-Kinderausflug zu veranstalten. Die Durchführung des „Antikriegstages“ wurde der neuen Bezirksleitung übertragen. Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung wurde die gut besuchte und zu neuer Tätigkeit anregende Konferenz nach vierstündiger Dauer vom Vorsitzenden geschlossen. Die Konferenz und deren Verlauf sowie die erstatteten Berichte zeigten, daß auch im Reichenberger Bezirke die durch den politischen Meinungsstreit geschaffene bedauerliche Situation in der Arbeiterbewegung als überwunden gelten kann und daß die sozialdemokratische Bewegung wieder vorwärts und aufwärts schreitet.

Für den Druck verantwortlich: O. Holik. Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Rechner. Druck: Deutsche Zeitungs- & S. Prag

**Wo verkehren wir?**

**Café Continental, Prag-Graben**

**Goldenes Kreuzel, Prag-Metazanta.**

**Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetna 22 (Urania).**

**Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“** Tägliche Konzerte **PRAG II., Hybernská Nr. 7.**

**Café „Nizza“** Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

**Deutscher Theatergarten** täglich Militär-Konzert. Mens d. 7.50 Abonnement 7.—